



Mit LOOP

«ZÜRI CAN»

Kiffen im Verein: Pilotprojektstart für legalen Cannabisbezug

SEITEN 12 - 13, 15

Bild: unsplash

UTOPIEN GEGEN ENTTÄUSCHUNG

**Ein Blick auf
verpasste Chancen**

S.18 - 20

SOZIALE KIPPPUNKTE

**Radikale Veränderung
und was es dafür braucht**

S.16 - 17

«GOLDA»

**Balanceakt zwischen
Emotion und Machttaktik**

S.23

Vermittlerin

Die als Tochter von sozialistisch gesinnten politisch aktiven Eltern im Schweizer Exil aufgewachsene Rosa Helene Mandel (1925–1986) zieht es nach Kriegsende nach Italien, um im zerstörten Europa Hilfe zu leisten. Dort lernt die unterdessen Rosellina genannte Frau den Fotografen Werner Bischof kennen und lieben. Nach dessen Unfalltod engagiert sich die alleinerziehende Witwe für dessen Nachlass, organisiert Publikationen und Ausstellungen. Dank ihrer guten Kontakte zum Kollektiv Magnum Photos wird sie zuerst deren erste Geschäftsleiterin für die Schweiz, heiratet später den Fotografen René Burri und wird neben u.a. Hans Finsler zu den Gründer:innen der damaligen Stiftung für die Photographie, für deren Ausstellungen im Kunsthaus Zürich sie zehn Jahre lang



Rosellina und Werner Bischof, New York 1953, Fotografie Peter Bally

verantwortlich zeichnet. Die heutige Fotostiftung Schweiz erinnert an ihr nicht zu überschätzendes Wirken. *froh.*

«**Rosellina – Leben für die Fotografie**», 26.8. bis 18.1.24, Fotostiftung Schweiz, Winterthur. Vernissage: Fr, 25.8., 18h, ebenda.

Jungbrunnen

Der gezeichnete Kommentar in der jüngsten Ausgabe unseres satirischen Leibblattes aus der Romandie «Vigousse» über den medial aufsehenerregenden Auftritt unseres amtierenden Bundespräsidenten an der Street Parade lenkte den



Blick auf Zusammenhänge, wie sie kein Investigativteam zu enthüllen in der Lage wäre. Das Schmunzeln beim Betrachten förderte Erinnerungen zutage, die beim Reinhören in die neuste

Veröffentlichung des belgisch-französischen Electro-Duos Ascendant Vierge einen Kurzschluss zwischen diesen zwei an sich völlig unzusammenhängenden Themen führten, denn der Sound von Mathilde Fernandez und Paul Seul erinnert in einer ausserordentlich vielfältig verspielten Weise an die Anfänge von Techno und den zahllosen, sich unter diesem Label versammelnden Stilen. Ihr Zürcher Tourstopp dürfte von daher durchaus Jungbrunnenqualitäten aufweisen, auch für Bundespräsidenten. *froh.*

Ascendant Vierge: «**Une nouvelle chance**», Fr, 25.8., 20h, Klub Exil, Zürich.

Form follows function

Der Sammelband «Mit einem Zukunftsrat gegen die Klimakrise. Warum die Schweiz eine dritte Parlamentskammer braucht» (Scheidegger & Spiess 2023, 224 S., 29 Fr.) versammelt Interviews mit Fachpersonen diverser Richtungen von der Jurisprudenz bis zur Ressourcenökonomie mit ergänzenden Gesprächen mit genauso breit ge-



Lina Friedli, Lenzburg, Tiermedizinische Praxisassistentin im dritten Lehrjahr (Bild: Pati Grabowicz)

fächerten, einfachen Stimmberechtigten in der Schweiz auf der Suche nach Antworten auf die Frage, wie der Klimakrise über eine Änderung der Schweizer Verfassung als tatsächlich ernstzunehmende Dringlichkeit in den eidgenössischen Räten zu einer Stimme verholfen werden könne. Manchmal hilft theoretisches Nachdenken ennet einer augenscheinlichen Wahrscheinlichkeit erst, den Blick über die Formulierung von vorerst utopisch erscheinenden Ideen in Richtung einer sich entwickelnden Tatkraft zu verändern. Dieses Buch will ein solcher Auslöser sein. *froh.*

«**Mit einem Zukunftsrat gegen die Klimakrise**», Mi, 30.8., 18h, Landesmuseum, Zürich. Eintritt frei, Anmeldung erbeten.

Erweckung

In den letzten Kriegswochen der von den Nationalsozialisten besetzten Tschechoslowakei beginnt in Bohumil Hrabals «Scharf beobachtete Züge» der schüchterne Jüngling Milos eine Bahnwärterlehre. Erst durch die Widerstandskämpferin Viktoria verliert er zugleich seine körperliche wie auch seine geistige Unschuld und wird höchstselbst zum Partisanen. Die gleichnamige Verfilmung von Jiri Menzel erringt 1968 den Ausland-Oscar und jetzt

kommt das tschechische Theater Divadlo Radar mit einer Bühnenadaption (tschechisch mit deutschen Übertiteln) im Rahmen des Ahoj-Festivals als Gastspiel in den Keller 62. Nach den vergan-



genen tschechischen Stücken über den Mathematiker Kurt Gödel und dem imaginären Dialog zwischen den Gebrüdern Haas lässt sich leicht feststellen, dass der politisch-poetische Fokus auf die Inhalte, wie sie auf dieser Bühne gepflegt werden, gerade aus einer geschichtsbewussten Warte auch Diversität sind. *froh.*

«**Scharf beobachtete Züge**», Do, 31.8. und Fr, 1.9., 20h, Keller 62, Zürich.

Vorislamisch

Im Iran besteht ein dissonanter Umgang mit Erinnerungen an die eigene Kultur in vorislamischer Zeit. Während an tourismusträchtigen Orten die nach der Revolution überpinselten Wandgemälde wieder sichtbar gemacht werden, um eine Weltoffenheit zu demonstrieren, wird auf der entgegengesetzten Seite der Tschador als traditionell älter als der Islam verkauft, um die Bedeckung der Frau als gottgegeben zu rechtfertigen. Die iranisch-ös-



(Bild: Peter Rauchecker)

terreichische Choreographin Ulduz Ahmadzadeh und der Szenograf Till Krappmann und die Tanzcompany Arash sind für zwei Wochen Residenzgäste im Tanzhaus. Sie beschäftigen sich bereits lange Jahre mit den heute verbotenen, vorislamischen Tänzen und Ritualen. An der Schnittstelle von Dokumentation, Aktivismus und Kunst haben sie im Tanzquartier Wien drei Stücke darüber erarbeitet. In Zürich stellen sie ihre Arbeit mit einer Lecture Performance vor. *froh.*

Residenzsharing von Arash: «**Tarab**», Fr, 1.9., 18h, Tanzhaus, Zürich. Anschl. Gespräch. Eintritt frei.

Wohnschutz-Initiative: Gegen überrissene Mieten nach Sanierungen

Was Basel schon kennt, soll nun auch in Zürich eingeführt werden: Ein gesetzlich festgelegter Wohnschutz, der Mieter:innen vor überzogenen Mietzinsen schützen soll. Am 18. August haben SP, AL und die Grünen zusammen mit dem Mieter:innenverband die Wohnschutz-Initiative lanciert. Tobias Langenegger, Co-Präsident der SP-Fraktion im Kantonsrat und Mitglied des Initiativkomitees gibt im Gespräch mit Noëmi Laux Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Wohnschutz-Initiative.

Herr Langenegger, die SP lanciert heute zusammen mit dem Mieter:innenverband, der AL und den Grünen eine Initiative, welche Mieter:innen besser vor überrissenen Mietzinsen schützen soll. Worum geht es genau bei der Wohnschutz-Initiative?

Heute ist es für Immobilienfirmen attraktiv, eine ganze Liegenschaft leerzukündigen, um nach einer Sanierung oder bei Ersatzneubauten die Mieten trotz gesetzlich festgelegter Obergrenze massiv zu erhöhen. Bei einem Missbrauch liegt es an den Mieter:innen, den Mietzins anzufechten, was mit hohen Hürden für die Mieter:innen einhergeht und darum wenig gemacht wird. Das wollen wir mit der Wohnschutz-Initiative ändern.

Bei einem Missbrauch liegt es an den Mieter:innen, den Mietzins anzufechten, was mit hohen Hürden für sie einhergeht und darum wenig gemacht wird.

Wie genau sollen Mieter:innen besser geschützt werden?

Die Initiative sieht vor, dass Gemeinden bei Neubauten oder Sanierungen die Befugnis erhalten, bezahlbaren Wohnraum zu schützen. Ähnlich wie ökologische Anforderungen, Abstandsgrenzen und andere baurechtliche Vorschriften soll die Einhaltung der zulässigen Miete bereits im Baugesuch festgelegt und im Grundbuch eingetragen werden. Erst danach wird eine Baubewilligung erteilt.

Das heisst, Gemeinden sollen die Mieten künftig aktiv mitgestalten können?

Genau. Derzeit haben Gemeinden kaum bis gar keinen Einfluss auf Mietangelegenheiten. Mit dieser Änderung würden sie die Möglichkeit haben, einzugreifen, wenn in der Gemeinde akuter Wohnmangel besteht. Dadurch würden alle Mieten in Neubauten und nach Sanierungen den Bestimmungen des Obligationenrechts (OR) entsprechen.

Das Recht auf Wohnschutz könnte also nur in einer Akutsituation eingesetzt werden. Ab wann sprechen Sie von einem Wohnungsmangel?

Die Initiative definiert die Möglichkeit für Wohnschutzmassnahmen ab einem Leerwohnungsbestand von 1,5 Prozent. Damit orientieren wir uns an bewährten Grundsätzen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung.

In der Stadt Zürich liegt die Leerwohnungsziffer bei gerade mal 0,06 Prozent, ähnlich angespannt ist die Situation in anderen Gemeinden.

Eine Intervention auf dem Wohnungsmarkt seitens der Gemeinden wäre in Zürich entsprechend zulässig, weil ein Wohnungsengpass besteht. Wichtig ist zu betonen, dass dies eine Kann-Bestimmung ist. Alle Gemeinden können frei entscheiden, ob sie Wohnschutzmassnahmen einführen möchten oder nicht, und sie können entscheiden, welche der genannten Kriterien einer Bewilligungspflicht unterliegen sollen.

Und diese Regelung würde für private gleichermassen wie für institutionelle Eigentümer:innen gelten?

Grundsätzlich ja. Das vorgesehene Gesetz unterscheidet nicht zwischen privaten und institutionellen Eigentümer:innen. Die einzige Ausnahme bilden gemeinnützige Wohnbauträger:innen. Sie wären von der Regelung ausgeschlossen, da sie in der Regel bereits in ihren Statuten eine Kostenmiete festgelegt haben.

Zusammengefasst geht es also darum, dass die Gemeinden die Einhaltung des Mietrechts bei Neubauten und Sanierungen überwachen sollen. Wer soll diese Kontrollen durchführen? Bräuchte es dafür nicht zusätzliche Stellen?

Wir streben grundsätzlich an, keine zusätzliche Genehmigungsinstanz einzuführen, um die Sache nicht unnötig kompliziert zu machen. Letztendlich liegt es jedoch im Ermessen der Gemeinden, ob sie intern die Baubehörde oder eine spezielle Stelle zur Überprüfung einsetzen möchten.

Das klingt nach einem ziemlichen Mehraufwand.

Natürlich werden die Gemeinden Anpassungen vornehmen müssen, aber der zusätzliche Aufwand hält sich stark in Grenzen. Im Wesentlichen geht

es darum, sicherzustellen, dass bestehendes Recht eingehalten wird.

Alle Gemeinden können frei entscheiden, ob sie Wohnschutzmassnahmen einführen möchten oder nicht.

Basel hat bereits eine Wohnschutz-Initiative umgesetzt. Dort hat sich gezeigt: Der Teufel steckt im Detail. Es gab Auseinandersetzungen über Schlupflöcher für höhere Mietzinsen wegen unklarer Bauvorgaben, über die Berücksichtigung von Hypothekenzinssätzen bei den Bauherr:innen oder über die zusätzliche Bürokratie. Ist das in Zürich geltende Mass der Kostenmiete so eindeutig geregelt, dass so etwas hier nicht droht?

Die Zürcher Wohnschutz-Initiative unterscheidet sich von den Regelungen in den Kantonen Basel-Stadt, Genf und Waadt insofern, als dass wir auf kantonaler Ebene lediglich den von Leerkündigungen betroffenen Gemeinden die Kompetenz übertragen, eine Wohnschutz-Regelung zu erlassen. Die konkrete Umsetzung auf kommunaler Ebene kann dann sehr pragmatisch gemacht werden – unter Einbezug der Erfahrungen in den anderen Kantonen.

Welche Sanktionen sind vorgesehen, falls die Regelungen missbraucht oder umgangen werden?

Sanktionen sind im Planungs- und Baugesetz festgelegt. Es können hohe Geldstrafen verhängt werden, bei schweren Verstössen kann sogar die Rückgängigmachung angeordnet werden.

Abschliessend: Wie lange würde es bei einer Annahme dauern, bis die Gemeinden dieses Instrument anwenden könnten?

Ich gehe davon aus, dass die Initiative rasch gesammelt ist. In der Regel dauert es von der Lancierung bis zur Abstimmung gut zweieinhalb bis drei Jahre. Anschliessend können die Gemeinden beginnen, ihre Wohnschutzbestimmungen auszuarbeiten. Diese Vorlagen sind dann wieder referendumsfähig. Bis zur Anwendung dürfte es also vier bis fünf Jahre dauern.

Schwerpunkt Steuern

Der Zürcher Kantonsrat befasste sich an seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien direkt und indirekt mit Steuerfragen. Der langfristig relevanteste Entscheid ist die Überweisung einer Motion durch FDP, SVP und GLP zur faktischen Abschaffung des Steuerrekursgerichts. Was indes eine Volksabstimmung bedingt.

Koni Loepfe

Alan Sangines (SP) begann den Morgen mit einem Votum zur Befürwortung der Einzelinitiative von Urs Wäfler, der mit einer Standesinitiative die Streichung der Anrufung Gottes in der Bundesverfassung erreichen wollte. Zur Glaubensfreiheit, so der Sozialdemokrat, passe die Berufung auf den Gott einer Religion nicht, deshalb gehöre diese Bevormundung gestrichen. Er fand dabei lediglich die Unterstützung von vier weiteren Sozialdemokrat:innen. Die anderen fanden entweder, der Vorstoss gehöre nach Bern oder die Berufung auf Gott richtig (Hans Egli, EDU, Elisabeth Pflugshaupt, SVP, Markus Schaaf, EVP) oder meinten wie Thomas Forrer (Grüne), es handle sich eher um eine Kultur- als um eine Glaubensfrage.

Ohne Diskussion und gegen den Willen der Grünen verabschiedete der Rat in zweiter Lesung die Erhöhung des Steuerabzugs für die Kinderbetreuung von bisher maximal 10 000 Franken auf 25 000 Franken. In der früheren materiellen Debatte hatten die Grünen ausgeführt, dieser Steuerabzug komme lediglich den Wohlhabenden zugute. Die SP hingegen argumentierte damit, dass diese Abzüge bei den für Gutverdienende teuren Betreuungsbeiträgen aus Gleichstellungsgründen vertretbar seien.

Grüne ohne Glück

Beim Modethema Homeoffice kämpften die Grünen zusammen mit leichter Unterstützung der AL einen einsamen Kampf gegen die Prüfung einer gleichberechtigten Steuerbehandlung von Homeoffice und traditionellem Arbeitsplatz. Beat Habegger (FDP) hatte die Forderung nach der Gleichberechtigung zusammen mit zwei Parteikollegen als Motion eingereicht, sich dann aber bereit erklärt, sie in ein Postulat umzuwandeln. Dafür erhielt er die Unterstützung des Regierungsrats und auch der SP. Thomas Forrer war für die Grünen trotzdem nicht einverstanden. Er sah im FDP-Vorstoss vor allem den Willen, weitere Steuerabzüge zu schaffen. Wenn schon, fand er, sollte man Gleichheit mit dem grünen Vorstoss zur Reduktion des Pendlerabzugs erreichen. Recht anders sah dies Stefan Feldmann für die SP. Homeoffice habe die gesellschaftlichen Realitäten verändert und dieser Änderung müsse man mit einer Auslegeordnung Rechnung tragen. Es gehe jetzt nur darum, und er zweifle nicht daran, dass er und die Freisinnigen daraus kaum die gleichen Schlüsse ziehen werden. Aber bevor die politische Auseinandersetzung beginne, müssten die Fakten

auf den Tisch. Gegen eine Auslegeordnung der Wirkung der Abzüge der natürlichen Personen auf die Staatskasse und auch auf ihre Wirksamkeit (Postulat Tobias Langenegger, SP) wehrte sich die SVP, deren Sprecher Marcel Suter befürchtet, der Vorstoss diene als Vorwand, eventuelle Steuerabzüge zu streichen. Hier widersprach vor allem André Müller (FDP), der den Staat zwar als Raubritter bezeichnete, aber immerhin wissen möchte, wo er von ihm wie beraubt wird.

Mit ihrem Postulat zum Stopp der steuerlichen Subventionen beim Einsatz von Pestiziden in Privatgärten erhielten die Grünen Unterstützung von der SP und der GLP. Unwiderrprochen führte

«Der Pestizidverbrauch ist gerade in den Privatgärten immer noch viel zu hoch.»

Thomas Forrer, Grüne

Thomas Forrer aus, dass der Pestizidverbrauch gerade in den Privatgärten immer noch viel zu hoch sei. Dass immer noch zu viel und auch Falsches gespritzt wird, bestritt niemand. Nur sei dies keine Steuerfrage, sondern eine Umweltfrage, fanden die Bürgerlichen samt EVP und AL. Wie er dies konkret sieht, erläuterte Roman Schmid (SVP), der in einem Gartenunternehmen arbeitet: «Wir machen bei einer Rechnung von 2000 Franken den Kunden sicher nicht darauf aufmerksam, dass er 5.50 Franken von den Steuern abziehen kann, wenn er zusätzlich den Rasen mit Pestiziden spritzt.»

Nur noch ein Gericht

Mit einer Motion des abtretenden Michael Zeugin (GLP), die von der FDP und der SVP mitunterzeichnet wurde, soll nur noch eine Gerichtsstanz für Steuerfragen zuständig sein. Wer sich heute mit dem Steueramt nicht einigt, kann sich beim Steuerrekursgericht wehren. Ist er auch mit diesem Entscheid, in der Regel von einer Einzelrichterin gefällt, nicht einverstanden, kann er sich in den meisten Fällen ans Verwaltungsgericht wenden, und falls er auch mit diesem Entscheid nicht einverstanden ist, das Bundesgericht anrufen. Das gehe zu lange und sei auch zu teuer, finden die Motionäre. Sie verlangen eine Vorlage, die nur noch eine kantonale Gerichtsstanz vor-

sieht. Faktisch bedeutet dies die Abschaffung des Steuerrekursgerichts und eine Behandlung im Verwaltungsgericht im Kollegialsystem. Die Gegner dieser Neuordnung wehrten sich gegen eine Verschlechterung des Schutzes der Steuerzahler:innen. Sie bezweifeln zudem wie Regierungsrat Ernst Stocker, dass grosse Einsparungen erfolgen. Heute sei es so, dass die Fakten durch die Beteiligten am Rekursgericht soweit aufgearbeitet seien, dass das Verwaltungsgericht in der Regel nur noch die rechtliche Würdigung vornehme. Ohne das vorgelagerte Fachgericht müsse das Verwaltungsgericht die Faktenarbeit selber leisten, was auch koste. Beat Bloch (CSP/Grüne Fraktion) wies mit Zahlen nach, dass sich die Rationierer:innen vermutlich das falsche Gericht ausgewählt haben. Praktisch alle Verfahren (ausser jenen, die vor Bundesgericht gehen) dauern weniger als ein Jahr, und gegen 80 Prozent werden in der ersten Instanz erledigt. Trotzdem fand die Motion eine Mehrheit, die nun, wie Ernst Stocker betonte, auf eine schwer zu gewinnende Volksabstimmung zusteuert, die zudem wenig bewirken würde.

RÜCKZUG

Der GLP-Fraktionspräsident Michael Zeugin trat mit sofortiger Wirkung aus dem Kantonsrat zurück, sodass Kantonsratspräsidentin Sylvie Matter Genehmigung des vorzeitigen Rücktritts und Würdigung am gleichen Tag vornahm. Der 45-Jährige, ein Ur-GLPler, war elf Jahre im Winterthurer Gemeinderat, wobei er einmal ganz knapp die Wahl in den Stadtrat verpasste, und zwölf Jahre im Kantonsrat, wo er die letzten vier Jahre die Fraktion präsidierte. Er hielt dabei die Seinen sehr gut zusammen, überliess in der Regel das Toreschiessen ihnen, wirkte persönlich eher aus dem Hintergrund. In Winterthur war er bei der linken Ratsseite als «Sparwütiger» nicht gerade beliebt, im Kantonsrat kam sein Hang zu einer strikten Finanzpolitik zwar auch zur Geltung, gleichzeitig galt er als loyaler Vertreter der Klimaallianz. Sein Abgang aus der Parlaments- und Parteipolitik erfolgte abrupt und ungeplant. Er will sich weiterhin politisch betätigen, aber von Fall zu Fall, und sich vor allem seinem Geschäft und seiner Familie widmen.

Mehr ist nicht immer besser

Der Zürcher Gemeinderat befasste sich am Mittwoch hauptsächlich mit Baupolitik.

Nicole Soland

An der ersten Sitzung des Zürcher Gemeinderats nach den Sommerferien vom Mittwochabend stand eine umstrittene Motion der FDP-Fraktion zur Debatte: Konkret forderten die Freisinnigen die «Erhöhung der maximal zulässigen Gebäudehöhe um rund drei Meter für ein zusätzliches Vollgeschoss». In allen Wohnzonen, W2 bis W6, sollte ungeachtet der bestehenden Ausnutzung ein zusätzliches Vollgeschoss möglich sein. Zur Begründung führte Hans Dellenbach (FDP) aus, die hohen Mieten in Zürich seien ein grosses Problem, und die FDP finde, dass die Exekutive zu wenig dagegen tue. Der Stadtrat fokussiere zu stark auf das gemeinnützige Wohnen, «doch das ist bloss Symptombekämpfung». Die FDP wolle mehr bauen. Natürlich müsse es Platz haben für Genossenschaften und städtische Wohnungen, aber eben auch «für die Privaten, die am meisten machen». Diesen müsse die Stadt «Steine aus dem Weg räumen», damit es «mehr Wohnraum für alle statt Millionen-Subventionen für Wenige» gebe. Die bestehenden Gebäude in Leichtbauweise um einen Stock zu erhöhen, sei das richtige Rezept, und natürlich sei auch klar, dass das nicht überall gehen werde, etwa in der Altstadt.

Hochbauvorsteher André Odermatt erinnerte erst mal daran, dass das Begehren der FDP ein alter Bekannter ist: «Immer wieder» komme die Forderung nach einer pauschalen Aufzonierung, also danach, überall «einen Stock obendrauf» zu setzen. Diese «Giesskannenlösung» überzeuge jedoch nicht: Wenn die Ausnutzung undifferenziert um 30 bis 35 Prozent erhöht werde, würden die bestehenden Reserven nochmals erhöht: «Damit wird aber auch der Druck, abzureissen und neu zu bauen, massiv erhöht.» Zudem habe man das Thema erst anlässlich der noch nicht weit zurückliegenden Debatte zum kommunalen Richt-

plan «sehr breit diskutiert», und der Richtplan sei behördenverbindlich. Zudem müsse man bei Verdichtungen nicht nur ans Wohnen denken, sondern es müsse auch die benötigte Infrastruktur in Form von Schulen,

«Die Stadtbevölkerung hat mehr Sorgfalt verdient, als eine solche Giesskannenlösung bieten würde.»

André Odermatt, Vorsteher Hochbaudepartement

Sportplätzen etc. mitwachsen. Kurz: «Die Stadtbevölkerung hat mehr Sorgfalt verdient, als eine solche Giesskannenlösung bieten würde.»

«Keine gute Idee»

Reto Brüesch (SVP) erklärte, es vergehe keine Woche ohne Abbruch und Neubau, und die Motion der FDP sei «ein Ansatz, wie im Bestand erweitert werden kann». Die SVP stellte jedoch einen Textänderungsantrag: In den Wohnzonen W2 und W3 sollte maximal um drei Meter erhöht werden können, in den Wohnzonen W4 bis W6 um maximal sechs Meter. Die Erhöhung solle ans Erstellen von zusätzlichem Wohnraum im Bestand gebunden sein. Mischa Schiwow (AL) erklärte, der Gedanke einer generellen Aufstockung, welche die Wohnungsnot auffangen solle, klinge «verlockend». Doch es wäre ein «Freipass zur Profitmaximierung» – und «ein Freipass, noch mehr abzuberechnen». Zürich habe zu Beginn der 1960er-Jahre bereits 440 000 Einwohner:innen gehabt, fügte er an, doch damals habe der Flächenverbrauch pro Person noch längst nicht 39,6 Quadratmeter betragen wie heute: «Die Immobilienwirtschaft will natürlich möglichst gross und teuer bauen.» Doch günstige Wohnungen durch weniger, aber grössere und teurere Wohnungen zu ersetzen bringe keinen zusätzlichen Personen eine Wohnung, da-

für das zwei- bis dreifache an Mietkosten. Die AL lehne die Motion «dezidiert» ab.

Sven Sobernheim (GLP) erklärte, seine Fraktion sei für die Motion, denn sie sei auch für den Richtplan gewesen: «Wir sehen da keinen Widerspruch.» Zudem sei der Mehrwertausgleich unterdessen beschlossen, und es sei an der Zeit, «die Glasglocke zu heben». Und er widersprach Mischa Schiwow: Wer viel Profit machen wolle, müsse wenn schon kleine Wohnungen «am Limit für die Sozialhilfe» anbieten.

Claudia Rabelbauer (EVP) fasste sich kurz: Mit der Textänderung der SVP könne ihre Mitte-/EVP-Fraktion die Motion gut unterstützen. Denn wenn es mehr Wohnungen gebe, würden diese auch günstiger. Brigitte Fürer (Grüne) fand die Idee, einen Stock draufzumachen, zwar auch «bestechend», aber hier werde weder die Richtplanung noch die BZO beachtet, und es sei keine gute Idee, etwas einzuführen, was noch mehr Druck aufbaue, Häuser abzureissen. Wenn dadurch wirklich Grünflächen und Bäume geschützt und die aufgestockten Wohnungen hundert Prozent preiswert wären, könnte man darüber reden, aber eine Aufzonung über die ganze Stadt, auch dort, wo die Ausnutzungsziffern schon hoch seien, löse das Problem nicht und sei nicht zahlbar: Die Marktlogik «je mehr Wohnungen, desto günstiger» stimme nicht. Martina Zürcher (FDP) entgegnete ihr, von einer «Einladung zum Abriss» könne keine Rede sein. Und wenn mehr Wohnungen das Wohnen angeblich nicht günstiger machten, so sei auf jeden Fall klar, dass weniger Wohnungen es verteuerten. Nachdem die Abstimmung wegen technischer Probleme zweimal wiederholt werden musste, lehnte der Rat die Motion mit 61:60 Stimmen ab.

«Kein Wegwerfartikel»

Viel zu reden gaben auch noch die Festsetzung einer neuen Baulinie sowie die damit zusammenhängende Änderung der Bau- und Zonenordnung an der Schützen-gasse 4 / Waisenhausstrasse 5 in der Kernzone City. Das dortige Geschäftshaus aus den 1970er-Jahren

soll abgerissen und neu gebaut werden. Flurin Capaul (FDP) stellte das Geschäft vor und betonte, man habe eine sehr gute Lösung gefunden, der dafür benötigte Landabtausch mit der Stadt umfasse lediglich rund einen Quadratmeter, und es gebe auch nur eine leichte Erhöhung der Ausnutzung sowie eine Mehrwertabgeltung von rund 1,4 Millionen Franken. Jürg Rauser (Grüne) erklärte, SP, Grüne und AL lehnten die Baulinienvorlage ab und stellten bei der BZO-Änderung einen motivierten Rückweisungsantrag. Ein Gebäude aus den 1970ern, also nach bloss 50 Jahren, abzureissen, gehe nicht an. Es sei ihnen bewusst, dass es keine Garantie gebe, dass es stehen bleibe, wenn man das Geschäft ablehne, aber sie wollten «ein deutliches Zeichen setzen»: «Gebäude sind kein Wegwerfartikel.»

Marco Denoth (SP) fügte an, er sei seit elf Jahren im Rat und habe

«Es ist keine gute Idee, etwas einzuführen, was noch mehr Druck aufbaut, Häuser abzureissen.»

Brigitte Fürer, Grüne

es noch nie erlebt, dass ein solches Geschäft abgelehnt worden sei – es sei also höchste Zeit, sich diese Freiheit zu nehmen, aber auch, sich ans Netto-Null-Ziel zu erinnern: «Wir halten uns an übergeordnetes Recht.» Flurin Capaul wollte nichts von einer solchen Freiheit wissen: Es gehe um einen reinen Verwaltungsakt, wie bei einer Einbürgerung. Michael Schmid (FDP) fand es «schockierend», dass man es als Bauherrschaft offensichtlich um jeden Preis vermeiden müsse, es mit dem Zürcher Gemeinderat zu tun zu bekommen. Schliesslich lehnte der Rat die Neufestsetzung der Baulinien mit 61:59 Stimmen ab und sagte mit 61:58 Stimmen Ja zum Rückweisungsantrag.

PAROLENSPIEGEL FÜR DEN 3. SEPTEMBER

Stadt Zürich

«Stadtgrün» – 1

A. Volksinitiative «Stadtgrün» (Änderung der Gemeindeordnung)

Nein: AL, Die Mitte, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP, SVP

B. Direkter Gegenvorschlag (Änderung der Gemeindeordnung)

Ja: Die Mitte, GLP, Grüne, SP, EVP, AL

Nein: FDP

Noch nicht vorliegend: SVP

C. Stichfrage

Direkter Gegenvorschlag: Die Mitte, GLP, Grüne, SP, EVP, AL

Initiative: FDP

Stimmfreigabe: SVP

«Stadtgrün» – 2

D. Indirekter Gegenvorschlag (Rahmenkredit von 130 Millionen Franken)

Ja: Die Mitte, GLP, Grüne, SP, EVP, AL

Nein: FDP, SVP

Dritte Verbrennungslinie Kehrriechverbrennungsanlage Hagenholz

Ja: AL, Die Mitte, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP, SVP

Neubau und Erweiterung Schulanlage Triemli/In der Ey

Ja: Die Mitte, FDP, GLP, Grüne, SP, EVP, AL
Nein: SVP

Ziehen Sie um?

Bitte teilen Sie uns Ihre
Adressänderung mit.
Tel. 044 241 07 60,
Mail. aboservice@pszeitung.ch

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mim.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–, www.loopzeitung.ch

Das Gift der Insekten

Insektenstiche sind zwar lästig, meist aber harmlos. Wer sich gut schützt, beugt einer Allergie vor.

Angela Bernetta

Im Spätsommer und Frühherbst sind sie gern unterwegs: Hautflügler wie Bienen, Wespen, Hummeln oder Hornissen. Gleichwohl ein Insektenstich bei den meisten «nur» Schwellungen, Schmerzen und lokales Jucken auslöst, reagieren einige heftig. Genauso wie Blütenpollen, Katzenhaare, Medikamente oder Lebensmittel kann ein Insektenstich eine allergische Reaktion auslösen. Gemäss aha!, dem Allergiezentrum Schweiz in Bern, ist das Insektengift von Wespen gefolgt von jenem der Bienen die häufigste Ursache dafür. Grundsätzlich kann jeder/jede eine Insektengiftallergie entwickeln. Die Gefahr steigt mit der Häufigkeit der Stiche, also mit zunehmendem Alter. Ein Allergierisiko besteht auch, wenn man innerhalb von wenigen Wochen mehrmals gestochen wird. So entwickeln etwa Imker:innen, die oft von Bienen gestochen werden, eher eine Bienenallergie. Gärtner:innen oder Sportler:innen, die sich häufig im Freien bewegen, sind ebenfalls gefährdet.

Tödlicher Ausgang bleibt Ausnahme

Die meisten werden früher oder später von einer Wespe oder Biene gestochen. Doch woran erkennt man eine Insektenstichallergie? «Die ersten Symptome treten meist wenige Minuten nach dem Stich auf und können von Juckreiz, Rötung der Haut und Augen, Gesichtsschwellung, Erbre-



Während der warmen Jahreszeit sind Hautflügler wie Bienen und Hummeln besonders häufig unterwegs. (Bild: Angela Bernetta)

chen bis hin zu Bauchschmerzen reichen», sagen Fachleute. Bei einigen kann die allergische Reaktion sogar zu einem anaphylaktischen Schock führen: Der Atem stockt, die Organe versagen und/oder das Herz bleibt stehen. Ein tödlicher Ausgang bleibt die Ausnahme. Trotzdem sollten sich auch Nichtallergiker:innen vor Insektenstichen schützen. Wird man in den Hals oder Mund gestochen, können die Atemwege zuschwellen, was gefährlich werden kann.

Wer an einer Insektengiftallergie leidet, sollte stets ein Notfallset bei sich tragen, raten Fachleute. Damit man dieses im Ernstfall anwenden kann – eine allergische Reaktion tritt etwa bei der Hälfte der Betroffenen nach fünf Minuten, bei weiteren vierzig Prozent nach einer halben Stunde ein –, macht es Sinn, sich vorab mit dem Inhalt und der Applikation vertraut zu machen. Gut möglich, dass nach einem Stich nicht sofort ein Arzt/eine Ärztin bereitsteht, der/die Hilfe leisten kann. Wer angemessen vorbeugt und sich gut schützt, muss hoffentlich nie zum Notfallset greifen.

Weitere Informationen: www.aha.ch/allergiezentrum-schweiz/home

ZURICRIT 2023



Furchtlose Frauen und Männer auf Fixies, begeisterte Zuschauer:innen entlang der Sihlfeldstrasse, die berühmte Kurve beim Bullingerplatz und eine super Stimmung – das ist Zuricrit! Und so war es auch am 19. August: Fahrer:innen wie Publikum hatten trotz der Hitze viel Spass an diesem bereits legendären internationalen Velorennen im Zürcher Kreis 4. *nic.*

OF expandiert

Vor einem Jahr übernahm Orell Füssli (OF) die Buchhandlung Barth im Shopville des Zürcher Hauptbahnhofes (P.S. vom 26.8.2022). Im Rahmen einer Nachfolgelösung übernimmt OF neu die von Hans-Peter Schupp 2000 gegründete Schweizer Buchparadies AG mit den drei Standorten Rapperswil, Wädenswil und Ebikon. Ab dem kommenden Monat wird OF das Geschäft in Rapperswil übernehmen, ab dem 1. Oktober die über 300 Quadratmeter grosse Filiale in Wädenswil. Im Januar 2024 folgt der Standort Ebikon in der Mall of Switzerland. Die drei bisherigen Buchhandlungen werden unter der Marke «Buchparadies» weitergeführt, die bisherigen Mitarbeiter:innen weiterbeschäftigt. OF ist mit 57 Standorten Marktführer in der Deutschschweiz und schweizweit der grösste Ausbildner von Lernenden in der Branche. *hk*

48 Millionen für Lebensmittel-forschung

Auf dem Campus Reidbach in Wädenswil haben die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und der Kanton am Mittwoch im Beisein von Baudirektor Martin Neukom (GP) und Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) ein neues Laborgebäude eingeweiht. Genutzt wird der Neubau künftig vor allem von Mitarbeiter:innen und Studierenden des Instituts für Lebensmittel- und Getränkeinnovation, das sich mit Fragen rund um die Forschung und Entwicklung der gesamten Wertschöpfungskette von Lebensmitteln, vom Rohstoff über die Verarbeitung bis hin zum Qualitätsmanagement und dem Marketing, auseinandersetzt. Dank dem neuen Labor kann die in Wädenswil bislang auf mehrere Gebäude aufgeteilte Lebensmittelforschung nun an einem Standort konzentriert werden. Eigentümerin der Liegenschaft ist die Tuwag Immobilien AG, Wädenswil, die auch den Grundausbau finanziert hat. Der Kanton Zürich hat die Räumlichkeiten für 20 Jahre gemietet. Für den Mieterausbau und die Ausstattung hatte der Kantonsrat 48 Millionen Franken bewilligt. In den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Gesellschaft und Umwelt gehört das Departement «Life Sciences und Facility Management» der ZHAW in Wädenswil zu den führenden Kompetenzzentren der Schweiz mit einer stark wachsenden Zahl an Student:innen und Mitarbeiter:innen. *as*

Mehr VBZ-Unfälle

Die VBZ verzeichnen im ersten Halbjahr 2023 einen moderaten Anstieg der Schadensereignisse, heisst es in einer Medienmitteilung. Bei 301 Unfällen, 46 mehr als im Vorjahr, kam es dadurch zu Verletzungen. Ebenso sind die Kollisionen mit Fussgänger:innen leicht angestiegen, ein Unfall hatte tödlichen Ausgang. Die Zahl der Kollisionen mit Fahrzeugen nahm hingegen leicht ab, dafür wurden mehr Schäden bei Baustellen und auch böswillige Beschädigungen registriert. *sca*

Ungemach für einen SVP-Macher

Da hielt ich doch in der letzten Ausgabe vor den Ferien bei einer Empfehlung zum Wandern auf Oberlandhöhen fest, dass sich danach an Hitzetagen «der stotzige Weg an die Töss» und «dieser entlang nach Steg» schon des kühlenden Wassers wegen lohne. Und ich muss mich noch weiter zitieren: «Kurz vor dem Ziel kann in dem Fall vielleicht die Badi-Beiz besucht werden. Denn bei der nächsten Verpflegungsmöglichkeit dürften bald wieder penetrante SVP-Wahlplakate den Appetit und die Laune verderben.»

Womöglich fand das die eine oder der andere zu politpolemisch. Offenbar könnte es aber auch kulinarisch besser sein, die in der Gegend häufigen Cafés der Voland-Bäckerei zu meiden. Ein von der Gewerkschaftszeitung «work» am 18. August mit «Läck Beck!» auf der Titelseite präsentierter Bericht über hygienisch üble Zustände in der Zentrale ist geeignet, sogar Unpolitischen auf den Magen zu schlagen. Mäuse im Lager. Würmer

«Läck Beck!» – Aus dem Vorrücken auf der Nationalratsliste dürfte jetzt wohl wieder nichts werden.

und Käfer in der Haselnussmasse... «Die Gesundheitsdirektion ermittelt», stellt Kollege Komposch mit Klammerhinweis auf die SVP-Zugehörigkeit der zuständigen Regierungsrätin genüsslich fest. Doch «der strittige Bäckermeister» kümmere sich lieber um seine Nationalratskandidatur.

Nur eine Woche davor wurde René Schweizer in der Wirtschaftsbeilage des regionalen Medienverbundes als erfolgreicher Leiter seiner Bäckereikette gefeiert. Fast drei Seiten füllte der Report vom «Gipfeli-Treffen» mit einem Berufskollegen, das sich um «Qualität, Margen und das Überleben neben den Grossverteilern» drehte. Ein wichtiger Faktor sei die Eingliederung einst selbstständiger Läden als nahe Filialen. Dazu komme die bessere und handgemachte, im Fall seiner berühmten «Baumerfladen» nach einem gut gehüteten «Geheimrezept» gefertigte Ware. Um

dieses nicht zu verraten, mixt der Chef jeweils die Füllungen ohne Zeugen. Wer dabei nach den Enthüllungen im «work» an Böses denkt, ist natürlich ein Schelm.

Kann ja sein, dass die dort anonym, aber mit recht präzisen Daten, Zitaten und diskret aufgenommenen Fotos präsenten Gewährsleute durch die ZO-Propaganda-Story darin bestärkt wurden, auch dunklere Stellen des Betriebes in Steg zu erhellen. Die rasante Personalfluktuation und zuweilen chaotische Zustände sind zudem ortsbekannt. Als der sich politisch gern zum «Macher» aufschwingende Unternehmer bei seiner Nomination für den Gemeinderat in Fischenhalt kläglich scheiterte, obwohl die SVP hier bei kantonalen und nationalen Wahlen auf weit über 50 Prozent kommt, hörte ich bei Nachfragen, man wähle schon SVP, «aber nicht jeden». Der möge zuerst im eigenen Laden für Ordnung sorgen.

Doch der populistische Sprücheklopfer hat Höheres im Sinn. «Ich kandidiere im Herbst auf dem Listenplatz 20 für den Nationalrat», liess er uns alle im Gipfeli-Interview wissen. Beim letzten Anlauf war er notabene acht Ränge darunter und blieb dort stecken. In vier Jahren aber wolle er weiter vorn sein, gewählt werden und die Bäckereikette dann «an meinen Nachfolger verkaufen», um Politik nicht mehr nur als sein erstes Hobby zu betreiben. Darum habe er sein Unternehmen auch zur Aktiengesellschaft umgewandelt.

Ob sein Aktienkurs jetzt sinkt? Jedenfalls dürfte wohl am 22. Oktober aus

«Zeit für Macher» ist als Slogan irgendwie vorbei.

dem Vorrücken auf der Nationalratsliste wieder nichts werden. «Zeit für Macher» ist als Slogan irgendwie vorbei. Schweizers verquere Parolen zu Corona oder Klima sind es auch. Einfach nur das Sünneli mit dem Fähnchen plus «Schweizer Qualität» – ausgerechnet! – reichen kaum. Ich bin diesmal fast gespannt, was auf den Plakaten vor den Voland-Filialen stehen wird. Oder ob sie fehlen. *haste*

**Willkommen zurück!
Als Ihr Leibblatt für
Politik und Kultur
freuen wir uns mit
Ihnen auf einen
spannenden Herbst.**

p.s.
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

KREUZWORTRÄTSEL

Lösungswort:

Zu gewinnen gibt es:

2 Theaterkarten für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Theater Keller 62, Zürich.
www.keller62.ch

2 Theaterkarten für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Theater Ticino, Wädenswil.
www.theater-ticino.ch

Einsendeschluss: Dienstag, 5. September 2023

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich,
aboservice@pszeitung.ch
Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.
P.S.-MitarbeiterInnen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Lösungswort Julirätsel: SOMMERPAUSE

Waagrecht: 7. BRIEFKASTENFIRMA 10. SONNENSCHUTZMITTEL 18. TAKE five 19. TAO chin. für Weg 20. WirtschaftsPRUEFER 21. SEMANA span. für Woche 22. CSU 23. GEFEIT 24. GAZE 25. NASE 26. NETT 27. IREN 29. ENNS 31. EL PASO 33. LOBO span. für Wolf 34. STILETTO 36. SCHNUSIG 37. TONART 38. Eher geht ein Kamel durch ein NadelOEHR ... 39. GREGOR Samsa 40. GASTROPODE Schnecke 41. EVENTS

Senkrecht: 1. ERNTEZEIT 2. TEEKANNEN 3. EKSTASE 4. STUPSNASE 5. ANZUG 6. UMTRIEBIG 7. BOESARTIG 8. SHOCKPROOF engl. für bruchsicher 9. In a JIFFY engl. für im Handumdrehen 11. NAMENLOS 12. NENA 13. CAMELOT 14. TRUESCHE 15. MEETING 16. TEEROSEN 17. EST franz. für Osten oder er/sie ist 28. NO-GOS 30. STAR 32. OHREN 33. LURE engl. für Köder 35. TROG

2 Eintritte für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Theater Ticino in Wädenswil gewonnen hat: Christina Breitler, Bäretswil. www.theater-ticino.ch
1 Exemplar von Christina Hugs Roman «Unser Haus» gewonnen hat: Ursula Bosshard, Obfelden. www.zytglogge.ch

Betrüger, Bullshit und Bilanzen

Von den Mails, die einem eine grosse Spende oder Erbschaft versprechen, den Telefonbetrügerinnen, bis zu den etwas raffinierteren Schneeballsystemen wie etwa von Bernie Madoff oder Sam Bankman-Fried. Betrüger- und Abzockereien sind allgegenwärtig. Die Vorstellung, ohne grossen Aufwand reich zu werden, ist schliesslich auch sehr verlockend. Die beliebte Unterart davon: Abnehmen ohne weniger zu essen. Aber so wie Diätpillen und Diäten ihre Versprechen meist nicht halten, werden bei diesen Anleitungen, wie man ganz einfach reich werden kann, meist nur diejenigen reich, die die Rezepte dafür verkaufen. Bereits im Goldrausch gab es das Bonmot, dass man in einem Goldrausch nicht durchs Goldschürfen reich wird, sondern durch das Verkaufen von Schaufeln.

Bereits im Goldrausch gab es das Bonmot, dass man nicht durchs Goldschürfen reich wird, sondern durch das Verkaufen von Schaufeln.

Nun sind diese geschilderten Betrügereien klar illegal oder mindestens halbseiden. Der Polit-Youtuber und Philosoph Tom Nicholas vertritt die These, dass mittlerweile wichtige Teile der Wirtschaft, insbesondere die grossen Internetplattformen, nach derselben Logik operieren. Er nennt dies «Griftonomics», was man vielleicht mit Gauner-Ökonomie oder Betrüger-Ökonomie übersetzen könnte. Denn die Plattformökonomie baue auf das gleiche Prinzip: Reich werden mit wenig Aufwand. Respektive damit, dass man andere die Arbeit machen lässt. Die sogenannte Sharing Economy begann mit dem Versprechen, dass man – unter gleichen – Ressourcen auch teilen könnte. Jemand hat ein unternutztes Gästezimmer und vermietet es ab und an Reisende, die damit weniger ausgeben müssen als für ein Hotel. Nur wurden diese Dienstleistungen sehr schnell professionalisiert und monetarisiert. Und so wurde aus der Sharing Economy eine Gig Economy, in der die wirtschaftlichen Beziehungen eben nicht mehr unter Gleichen stattfindet. Und man könnte die Geschichte eben genau Gleichen erklären wie eines dieser Betrüger-Online-Seminare, wie man einfach reich wird: Zuerst sucht man sich einen Wirtschaftsbereich aus, der ein bisschen zu kompliziert und zu teuer ist und der noch nicht wirklich digitalisiert ist. Der Taxibereich ist da ein recht prototypisches Beispiel. Dann baut man eine

App, die etwas Ordnung in das Chaos bringt, gut aussieht und ansprechend wirkt. Man sucht anschliessend Leute, die etwas Zusatzeinkommen brauchen oder die Dienstleistungen benötigen. Der Clou daran ist, dass alle zu erbringende Arbeit von den Nutzern selber mit ihrem eigenen Equipment übernommen wird. Youtube produziert selber keine Videos, Uber hat selber keine Taxiflotte, AirBnB keine Immobilien. Aber damit fallen eben auch keine Unterhalts- oder Lohnkosten an. Mithilfe von viel Geld von Investoren und Kapitalgebern lassen sich die Preise so tief halten, dass die Konkurrenz nicht mehr Schritt halten kann. Hat man die Konkurrenz weitgehend ausgeschaltet, kann die Kasse richtig klingeln. Das Produkt ist dann zum einen so attraktiv und so alternativlos, dass man sowohl Preise erhöhen wie Kosten drücken kann. Und voilà: Die anderen arbeiten, man selber wird reich.

Der berühmte Spruch der Berner Adligen Madame de Meuron, ««Sit dir öpper oder nähmet dir Lohn?», gilt heute als etwas aus der Zeit gefallen. Der Rentier, also jener, der aufgrund seines Besitzes und nicht seiner Arbeit Geld verdient – also «Renten» bezieht, scheint dem kapitalistischen Ethos zu widersprechen, wonach Reichtum durch Arbeit und Leistung erwirtschaftet wird. Nur: Ausgestorben sind die Rentiers natürlich nicht – sie vermarkten sich bloss etwas anders. Wer beispielsweise Immobilien besitzt und diese vermietet, um damit einen Profit zu erzielen, bezieht genauso eine Form der «Rente», also des weitgehend leistungsfreien Einkommens. Denn viel mehr als besitzen muss die Eigentümerin nicht. Natürlich ist Vermieten mit Administration verbunden, mit Unterhalt. Aber das lässt sich nicht nur auslagern, sondern ist im letzteren Fall wertsteigernd oder werterhaltend, also in erster Linie im eigenen Interesse. In das gleiche Kapitel geht, dass grosse Vermögen meist vererbt und kaum erarbeitet werden. Viele jener, die als grosse Business-Genies gehandelt werden, sind keine Tellerwäscher, die sich hochgearbeitet, sondern Söhne von Millionären, die nachher zu Milliardären wurden.

Der verstorbene Anthropologe David Graeber schuf den Begriff «Bullshit-Job». Damit sind Jobs gemeint – häufig gut bezahlte Stellen mit klingenden Titeln in einem wachsenden Management – die völlig sinnlos sind. Wer einen Bullshit-Job hat, verbringt das grösste Teil der Zeit damit, sich selber zu beschäftigen, ohne real etwas Sinnvolles zu tun. Bullshit-Jobs würden laut Tom Nichols dazu beitragen, dass die Menschen derart auf die Phantasie fliegen, einfach reich zu werden. Denn so könnten sie ihren sinnlosen Jobs entfliehen. Mir

scheint eher, dass die Bullshit-Jobs mit der Betrüger-Wirtschaft einhergehen, eine Art gemeinsame Bullshit-Ökonomie bilden. Denn auch die Bullshitterin ist eine Art Betrügerin – und sei es nur der Selbstbetrug.

Eine Freundin nennt es jeweils SABTA – ein Akronym für sicheres Auftreten bei totaler Ahnungslosigkeit. Was gerade in der Politik, aber nicht nur da, ein recht häufiges Phänomen ist. Wenn sich SABTA und Bullshit zusammensetzen, dann florieren ganze Wirtschaftszweige. Gerade auch in der Kombination von Politik und Wirtschaft. Die Ökonomin Mariana Mazzucato veröffentlichte dieses Jahr ihr neues Buch «The Big Con»

Eine Freundin nennt es jeweils SABTA – ein Akronym für sicheres Auftreten bei totaler Ahnungslosigkeit.

(Der grosse Betrug). Im Zentrum stehen die grossen Beratungsfirmen und Revisionsfirmen wie Mc Kinsey und Co, die gerade auch vom Staat oft zu Rate gezogen werden. Dabei zeige sich – so Mazzucato – dass diese Firmen oft weniger können und wissen, als sie versprechen und am Ende weit teurer als versprochen sind. Und diese Firmen würden den Staat davon abhalten, eigene Kompetenzen aufzubauen. Der «Betrug», den Mazzucato anprangert, ist nicht illegal, sondern es ist klassischer SABTA-Bullshit. Ihr Paradebeispiel ist der Brexit, wo die britische Regierung Beratungsfirmen mit rund einer Milliarde Pfund alimentierte, ohne dass diese der Lösung in irgendeiner Form näher gekommen sind.

Graeber ist überzeugt davon, dass jene mit den Bullshit-Jobs selber wissen, dass sie einen solchen hätten. Ich bin mir da nicht so sicher. Es kann auch Quacksalber geben, die selber von ihrem Wunderheilmittel überzeugt sind. Und macht es überhaupt einen Unterschied? Denn schliesslich – um es mit Helmut Kohl zu sagen – zählt ja, was am Ende hinten rauskommt. Und das scheint immer mehr Bullshit zu sein.



Min Li Marti

Mehr Mut statt weniger Demokratie

Ob Lehrpersonen, Handwerker:innen oder Softwareingenieur:innen, der Fachkräftemangel betrifft praktisch alle Berufsgruppen in der Schweiz. In keinem Feld fehlen aber so viele Spezialist:innen wie im Gesundheitswesen. Bereits vor der Coronapandemie war der Mangel hier gross, seither ist er aber zu systemisch kritischen Grössen angewachsen. Nicht nur werden weiterhin viel zu wenige Pfleger:innen und Ärzt:innen ausgebildet, reihenweise verlassenen Angestellte bereits wenige Jahre nach Abschluss ihrer Ausbildung den Gesundheitsbereich bereits wieder. Grund dafür sind wohl grösstenteils die miserablen Arbeitsbedingungen. Während der Bund aber mit der Umsetzung der Pflegeinitiative auf sich warten lässt, liegt es deshalb nun an den Kantonen und Gemeinden, möglichst schnell Verbesserungen für ihre Angestellten und damit für das Gesundheitssystem als Ganzes zu ermöglichen.

So überraschte die Nachricht vor wenigen Wochen wenig, dass die Stadt Affoltern die Wochenarbeitszeit von über zwei Drittel ihrer Spitalangestellten künftig um vier Stunden senken will. Die Stadtpräsidentin Eveline Fenner erhofft sich dadurch eine «erhöhte Attraktivität» am Arbeitsmarkt. Mit dem Spital Affoltern versucht nun also bereits das zweite Spital im Kanton Zürich, den Fachkräftemangel mit einer Reduktion der Arbeitszeit zu mildern. Das Spital Wetzikon, welches die Arbeitszeit letztes Jahr für alle Pfleger:innen um zehn Prozent kürzte, zeigt aber, dass noch viel mehr erreicht werden kann als nur mehr Attraktivität für potenzielle Angestellte. So gab es seit der

Umstellung in Wetzikon weniger Kündigungen und Krankheitsfälle sowie eine höhere Mitarbeiter:innenzufriedenheit, meinte vor Kurzem ein Geschäftsleitungsmitglied des Spitals. Ein Modell also, dass eigentlich alle gerne kopieren wollen würden.

Das solche progressiven Massnahmen in verhältnismässig konservativ geltenden Landgemeinden wie Wetzikon und Affoltern am Albis und nicht in der «linken» Grossstadt Zürich passieren, wirkt deshalb

Das Gesundheitsdepartement unter GLP-Stadtrat Andreas Hauri scheint mit vermeintlich wichtigeren Themen beschäftigt zu sein.

vielleicht überraschend. Das Gesundheitsdepartement unter GLP-Stadtrat Andreas Hauri scheint aber mit vermeintlich wichtigeren Themen beschäftigt zu sein. So scheint sein Fokus vielmehr auf seinem momentanen Versuch zu sein, das Stadtspital in eine öffentlich-rechtliche Anstalt auszulagern. Proaktiv die Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist für die Spitalleitung anscheinend momentan nicht auf dem Programm. So stellte sich der Stadtrat beispielsweise gegen Vorstösse zu mehr Stellen im Pflegebereich oder einem Pilotprojekt für eine 35-Stunden-Woche für Schichtpersonal in städtischen Gesundheitsbetrieben. Dank der linken Mehrheit

im Städtzürcher Gemeinderat fanden aber trotzdem beide Initiativen eine Mehrheit.

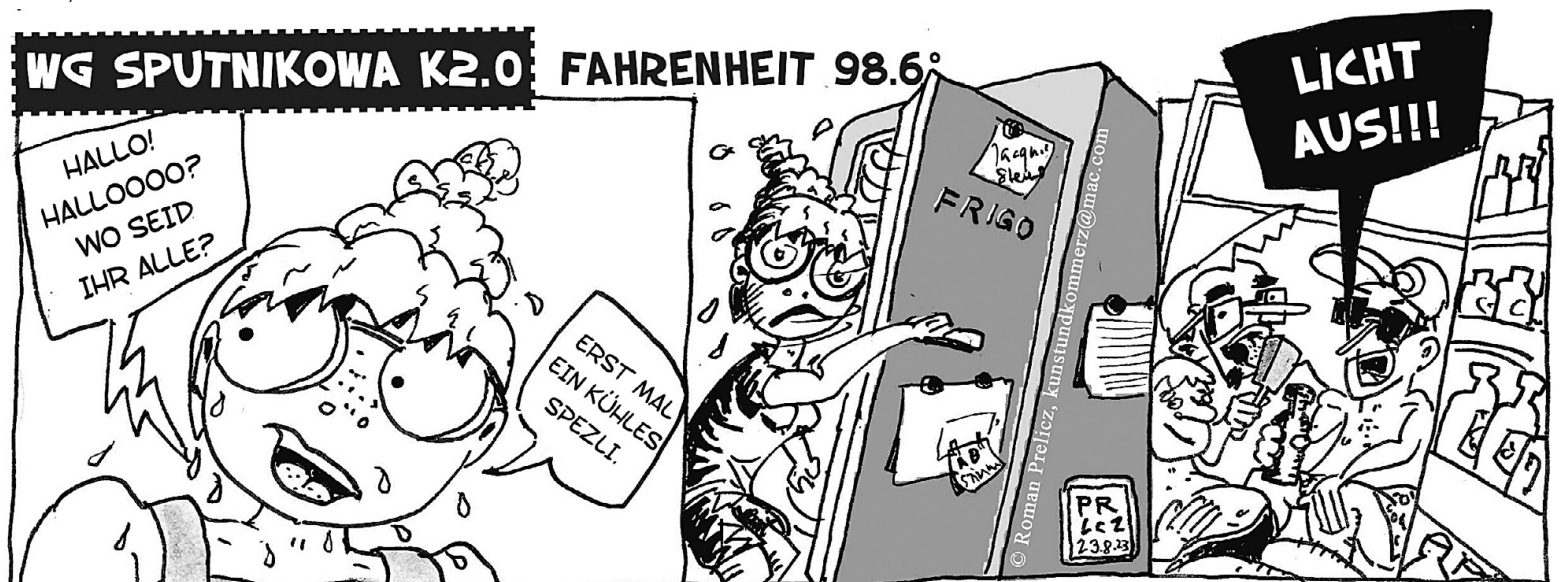
Genau solchen Eingriffen durch die Politik will Andreas Hauri nun aber mit seiner geplanten Auslagerung zukünftig zuvorkommen. Als öffentlich-rechtliche Anstalt würden für das Stadtspital nur noch die grossen Eckpunkte des städtischen Arbeitsrechts gelten. Über Dinge wie die Arbeitszeit könnten zukünftig die gewählten Vertreter:innen im Parlament nicht mehr entscheiden. Eine Auslagerung würde folglich nicht nur das demokratische Mitbestimmungsrecht der Städtzürcher Bevölkerung einschränken, sondern wohl auch dringend benötigte progressive Reformen des Stadtspitals verhindern. Bereits eine dieser Tatsachen sollte genügen, dass die Vorlage vom Gemeinderat gestoppt wird. Zu zweit sind sie ein Totschlagargument. Nur wenn das Stadtspital eine Dienstabteilung bleibt, kann sichergestellt werden, dass die Gesundheitsversorgung für die Städtzürcher Bevölkerung auf einem hohen Niveau bleibt und die Arbeitsbedingungen für die Angestellten gleichzeitig fair und zukunftsfähig sind. Die geplante Auslagerung von Stadtrat Hauri gilt es deshalb klar zu verhindern.



Moritz Bögli,
Gemeinderat AL

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik «Meh Biss» jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

Cartoon by Roman Prelicz



Unter der Hitze leiden besonders die Working Poor

Diesen Sommer überschlagen sich die Meldungen von purzelnden Hitzerekorden. Ständig kommen Warnungen vor neuen Hitzewellen, und die Zahl der Hitzetoten steigt jährlich. In den allermeisten Zeitschriften wird berichtet, dass alle Menschen im globalen Norden gleich stark von den Auswirkungen

Dass im globalen Norden also alle Menschen gleich vom Klimawandel betroffen sind, ist ein Trugschluss.

des Klimawandels betroffen sind. Doch dem ist nicht so. Eine Studie der Universität Montreal zeigt nun, dass neben älteren Menschen, Säuglingen und Kindern besonders Menschen mit chronischen Krankheiten, Menschen, die gewisse Medikamente nehmen, Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status und Menschen in bestimmten Berufen besonders gefährdet sind. Die betroffenen Berufsgruppen sind körperlich anstrengende Berufe, also Berufe, die vom reichsten Prozent nicht ausgeübt werden. Darüber hinaus leiden ärmere Menschen bekanntlich viel häufiger an chronischen Krankheiten.

Arbeiter:innen in handwerklichen Berufen dürfen entweder keine Pausen einlegen, um zu trinken oder zu essen, oder müssen als Konsequenz davon Überstunden leisten. Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status leben meist in schlecht isolierten Wohnungen. Für Wohnungslose gibt es keine Schutzmöglichkeiten vor der Hitze. Städte werden immer mehr zu Hitzeinseln. Sie werden zubetoniert, und es fehlt an allen Ecken und Enden an Grünflächen. Grünanlagen wer-

den meistens in Wohngebieten von wohlhabenderen Menschen geplant. Nicht aber in den Gebieten, in denen ärmere Menschen leben oder wo sie notwendig wären. Dadurch werden klimatisch angenehme Zonen in Städten immer exklusiver, der Zugang zu diesen Zonen für ärmere Menschen schwieriger. Sie müssen lange Wege auf sich nehmen, was mit einem hohen Zeitaufwand verbunden ist. Zeit, die viele nicht haben.

Dass im globalen Norden also alle Menschen gleich vom Klimawandel betroffen sind, ist ein Trugschluss. Die Lebensqualität ärmerer Menschen wird nebst der stagnierenden Höhe der Reallöhne und den damit verbunden zunehmenden Arbeitsstunden und sich verschlechternden Arbeitsbedingungen zusätzlich durch den Klimawandel als

In einer kapitalistischen Welt bestimmt nur Geld, wie stark eine Person der Klimawandel trifft.

weitere Komponente immer unzumutbarer. Umstände, welche die Gefahr für chronische und psychische Krankheiten deutlich erhöhen.

In einer kapitalistischen Welt bestimmt nur Geld, wie stark eine Person der Klimawandel trifft. Wer Geld hat, lebt in besser isolierten Häusern und kühleren Gegenden. Für diejenigen, die Geld haben, wird geschaut und gebaut. Wer Geld hat, kann vor den schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels flüchten.

Wir müssen uns gegen diese kapitalistische Denkweise auflehnen und für eine sozialgerechte Klimapolitik und eine soziale Stadtplanung kämpfen, bei der wir mitbestimmen dürfen.



Thyl Fueter, Vorstandsmitglied der JUSO Stadt Zürich

Die Antwort auf Queerfeindlichkeit

In der Schweiz ist das Wahlkampffeuer ausgebrochen. Am 22. Oktober 2023 wählt die Stimmbevölkerung ein neues nationales Parlament. Die SVP hat sich rund um die Wahlen den Kampf gegen die LGBTQIA+ (lesbisch, schwul, bisexuell, trans, queer, intergeschlechtlich und asexuell/aromantisch) Community auf die Fahne geschrieben. Sie reden von «Gender Ideologie» und wollen Drag Shows verbieten. Bereits die Ehe für alle haben sie bekämpft. In ihren Hetzkampagnen wird fast so getan, als hätte eine marginalisierte Bevölkerungsgruppe viel Macht, als hätten wir etwa eine Mehrheit im Nationalrat.

Ich weiss nicht, in welcher alternativen Realität die SVP lebt, aber aktuell gibt es im Nationalrat nur eine einzige offen queere Frau: Tamar Funicello. Und keine einzige trans Person. Dabei ist es für unsere Demokratie essenziell, dass marginalisierte Menschen mehr als nur einen Platz im Zentrum der Macht haben. Denn sonst werden Gesetze über uns Queers gemacht von Menschen, die unsere Lebensrealität nicht direkt nachvollziehen können. So geht diese Realität schnell vergessen – oder sie wird gar ganz infrage gestellt. Das Parlament soll die Bevölkerung repräsentieren. Dazu gehören auch wir queeren Frauen.

Die fehlende Repräsentation äussert sich beispielsweise darin, dass lesbische, bisexuelle und queere Frauen trotz der Ehe für alle immer noch nicht die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle Frauen. Beispielsweise, wenn es um die Fortpflanzungsmedizin und die Anerkennung der Mutterschaft geht. Und trans Menschen sind immer noch nicht vor Diskriminierung geschützt.

Die SVP versucht gerade, auf unserem Buckel Stimmen zu gewinnen. Das effektivste Mittel, dem entgegenzutreten, ist, queere Kandi-

dat:innen, und insbesondere queere Frauen, zu wählen. Das bedeutet unter anderem, dass queere Menschen und unsere Themen im Wahlkampf präsent sein müssen. Ein Grund, wieso bisher nicht viele offen queere Frauen gewählt worden sind, ist die doppelte Wucht an Diskriminierung und Hass, der wir uns in einem öffentlichen Amt aussetzen. Darum müssen gerade linke Parteien, welche für Gleichstellung kämpfen, bei diesen Wahlen geschlossen hinter der queeren Community stehen und mit uns Position für umfassende Gleichstellung beziehen.

Dafür sind die Grünen und Jungen Grünen schon immer eingestanden. Sei es als Pionierin für die Ehe für alle oder mit den Forderungen nach einem dritten Geschlechtseintrag, der Ausweitung der Antirassismustrafnorm oder dem Verbot von geschlechtsnormierenden Eingriffen an intergeschlechtlichen Kindern. Die Grünen Zürich treten mit einer LGBTQI+ Unterliste an und die Jungen Grünen Zürich haben mit Anna-Béatrice Schmalz auf einem Spitzenplatz der Grünen Liste und mit mir auf dem ersten Platz der Jung Grünen Liste zwei kompeten-

Wir werden so lange so laut wie nötig bleiben, bis wir selbst mitbestimmen können.

te und politisch erfahrene, queere Frauen sichtbar nominiert. Wir sind bereit und sind nicht mehr wegzu-denken. Wir werden so lange so laut wie nötig bleiben, bis wir selbst mitbestimmen können. Unterstützt uns dabei: Wählt queer, und wählt jung!



Michelle Huber, Nationalratskandidatin und Mitglied der Geschäftsleitung der Jungen Grünen Zürich

«Es gibt Rentner:innen, die richtig viel kiffen. Das hat mich selber erstaunt»

Derzeit laufen schweizweit mehrere Pilotprojekte zur regulierten Cannabis-Abgabe. Doch nur in Zürich gibt es neben Apotheken als Abgabestellen auch Social Clubs, in denen man gleich vor Ort kiffen kann. Max Donath ist Gründer von «The Chronic», einem der schweizweit ersten zehn dieser Clubs. Warum sein Laden noch eine Baustelle ist und wie er mit Kiffer-Vorurteilen aufräumen möchte, erzählt er im Gespräch mit Noëmi Laux.

Sie sind der Gründer einer der ersten zehn Social Clubs in der Schweiz, in denen legal Cannabis geraucht und gekauft werden darf. Sind Sie selbst Kiffer?

Ich würde mich als Cannabis-Enthusiast bezeichnen, der ab und zu auch mal einen Joint raucht. Mittlerweile kiffe ich aber weniger als früher. Warum fragen Sie?

Sie entsprechen nicht dem klassischen Stereotyp eines Kiffers, also dem «verpeilten Typ», der morgens nicht aus dem Bett kommt, die Dinge lieber gemütlich angeht und für alles ein bisschen länger braucht.

Und ich gehöre auch keiner kriminellen Vereinigung an (lacht). Lustigerweise sind die Leute oft überrascht, wenn ich ihnen erzähle, was ich

Diese Woche startet das Pilotprojekt. Doch von den insgesamt zehn Social Clubs in Zürich sind nur zwei vollständig bezugsbereit. Auch Sie stecken noch mitten im Umbau.

Ja, denn eine passende Location zu finden war nur die erste Herausforderung. Gerade sind wir dabei, das Fumoir, also den Konsumraum, fertigzustellen. Das ist ein aufwändiger und teurer Prozess. Denn wir müssen uns an viele Auflagen halten, wie etwa eine gute Belüftung. Social Clubs, die eine Location mit einem bestehenden Fumoir gefunden haben, sind da klar im Vorteil. Voraussichtlich wird unser Fumoir Mitte September bereit sein. Bis dahin können unsere Mitglieder das Cannabis zwar bei uns kaufen, aber noch nicht vor Ort rauchen.

Derzeit laufen in mehreren Schweizer Städten Pilotprojekte zur regulierten Cannabis-Abgabe. Doch Social Clubs gibt es nur in Zürich, sie sind in der Schweiz einmalig. Was genau kann man sich darunter vorstellen?

Im Social Club kann man nicht nur Cannabis kaufen, sondern auch vor Ort rauchen. Man muss sich das vorstellen wie eine normale Bar mit Raucher:innenbereich, nur eben, dass bei uns zusätzlich Cannabis geraucht werden kann. Wir wollen einen Ort schaffen, an dem man zusammenkommt, gemeinsam Zeit verbringt und sich wohlfühlt. Wir werden auch Getränke und kleine Snacks im Angebot haben.

Das klingt nach einem richtigen Kiffer-Paradies. Es geht also klar um den Freizeitgenuss und nicht

Gekifft wird so oder so. Warum also nicht ein Angebot schaffen, bei dem der Konsum kontrolliert und reguliert ist und die Mitglieder vor allem genau wissen, was sie rauchen? Unsere Produkte sind alle biozertifiziert und der/die Konsument:in weiss genau, wie stark das Cannabis ist. Unsere Produkte sind sicher nicht gestreckt, wie das bei Gras vom Schwarzmarkt oft der Fall ist. Ausserdem wird immer jemand von uns vor Ort sein. Wenn wir das Gefühl haben, der Konsum entwickelt sich bei einzelnen Mitgliedern in eine gefährliche Richtung, können wir eingreifen und das Gespräch suchen. Klar, wir sind in erster Linie eine Bezugsstelle und nicht Mama oder Papa. Dennoch besteht ein wesentlicher Teil unserer Arbeit darin, auf unsere Mitglieder zu achten und dafür zu sorgen, dass es ihnen gut geht. Die Zahl von Mitgliedern pro Social Club ist auf 150 Personen begrenzt. Mit der Zeit werden wir alle kennen, da bin ich mir sicher. Und für die Teilnahme an der Studie ist ein positiver THC-Test Voraussetzung.

Ein positiver THC-Test?

Genau. Es klingt vielleicht erst mal merkwürdig, dass ein positiver Drogentest abgegeben werden muss, um an einer wissenschaftlichen Studie teilzunehmen. Doch das Projekt richtet sich klar an Menschen, die bereits konsumieren. Wir wollen verhindern, dass Leute durch das Projekt erst mit dem Kiffen anfangen. Deshalb der Test. Gebärfähige Menschen müssen zudem einen negativen Schwangerschaftstest vorweisen. Berufsfahrer:innen und Pilot:innen sind von der Studie ebenfalls ausgeschlossen.

Vor einer definitiven Aufnahme lernen Sie alle potenziellen Mitglieder bei einem persönlichen Gespräch kennen. Wie verläuft das Aufnahmeverfahren?

Bevor wir zum Gespräch einladen, müssen alle Interessierten einen Onlinefragebogen ausfüllen, wobei ein Grossteil bereits wieder rausfällt, weil zum Beispiel der Wohnsitz nicht in der Stadt Zü-

«Der Cannabis-Konsum ist mit sehr vielen Vorurteilen behaftet»

mache. Aber das ist genau das Problem: Der Cannabis-Konsum ist mit sehr vielen Vorurteilen behaftet. Das haben wir auch stark gespürt bei der Suche nach einem Lokal.

Inwiefern?

Am Anfang waren immer alle begeistert, wenn wir von unserem Vorhaben erzählt haben. Wenn es aber darum ging, ein Lokal, in dem Cannabis geraucht wird, bei sich aufzunehmen, haben viele Vermieter:innen abgeblockt. Aus Angst, da würde ein Drogenschuppen entstehen, oder dass es Ärger mit den Nachbar:innen geben wird. Dabei ist es gerade unser Ziel, wegzukommen von dieser Hintertür-Gesellschaft. Denn ich bin überzeugt: Der bewusste und kontrollierte Cannabis-Konsum ist nicht gefährlicher als der von anderen legalen Substanzen wie Zigaretten oder Alkohol.

«Unser Ziel ist, wegkommen von dieser Hintertür-Gesellschaft»

um eine Abgabe aus medizinischen Gründen. Besteht da nicht die Gefahr der Verharmlosung?



Max Donath, Gründer von «The Chronic», einem der schweizweit ersten zehn Social Clubs. (Bild: Noëmi Laux)

rich ist. Das ist eine Grundvoraussetzung, um an der Studie teilzunehmen.

Laut einer Untersuchung des BAG konsumieren häufiger Männer Cannabis als Frauen. Zudem nimmt der Konsum mit dem Alter ab. Am häufigsten konsumieren junge Männer zwischen 18 und 25 regelmässig Cannabis. Deckt sich dieses Bild mit Ihren Proband:innen?

Was die Männer-Frauen-Quote angeht, auf jeden Fall. Wir haben auch einige Frauen aufgenommen, aber deutlich weniger als Männer. Was das Alter angeht, zeigt sich bei uns ein weniger klares Bild. Volljährig sind natürlich alle, das ist eine Grundvoraussetzung, um an der Studie teilzunehmen. Aber nach oben hin haben wir kaum Grenzen. Es gibt Rentner:innen, die richtig viel kiffen. Das hat mich selber erstaunt.

Wie stellen Sie sicher, dass das Studien-Gras nicht weiterverkauft wird, oder es von Menschen konsumiert wird, die nicht Teil der Studie sind?

Beim ersten Bezug erhalten die Teilnehmer:innen einen Studenausweis, der ihnen die Befugnis gibt, das Studien-Gras zu kaufen und zu konsumieren. Es ist ein «Members only»-Prinzip, es dürfen also wirklich nur Mitglieder des Cannabis-Vereins «The Chronic Zürich» bei uns kaufen und dann später auch konsumieren.

Die Studie ist auf drei Jahre angelegt. Wie es danach weitergeht, ist bislang unklar. Das ist für Sie als Clubbetreiber auch mit einem finanziellen Risiko verbunden. Warum machen Sie das?

Das habe ich mich auch schon gefragt (lacht). Als mein Geschäftspartner und ich Anfang letztes Jahr die Zusage der Stadt bekommen haben, einen Social Club eröffnen zu dürfen, haben wir unsere regulären Jobs gekündigt und seither konzentrie-

«Wenn man in Richtung Legalisierung gehen möchte, so braucht man Erkenntnisse, und die ergeben sich aus der Studie.»

ren wir uns voll auf «The Chronic». Klar, vor allem finanziell besteht ein gewisses Risiko, weil wir als Verein organisiert sind und mit unserem Privatvermögen haften. Doch ich sehe für uns in erster Linie eine Chance, sich auf dem Gebiet zu etablieren. Und wenn wir es schaffen, durch die Erfahrungen der nächsten drei Jahre eine regulierte Abgabe rechtfertigen zu können, haben wir eine ideale Basis, auf der wir aufbauen können.

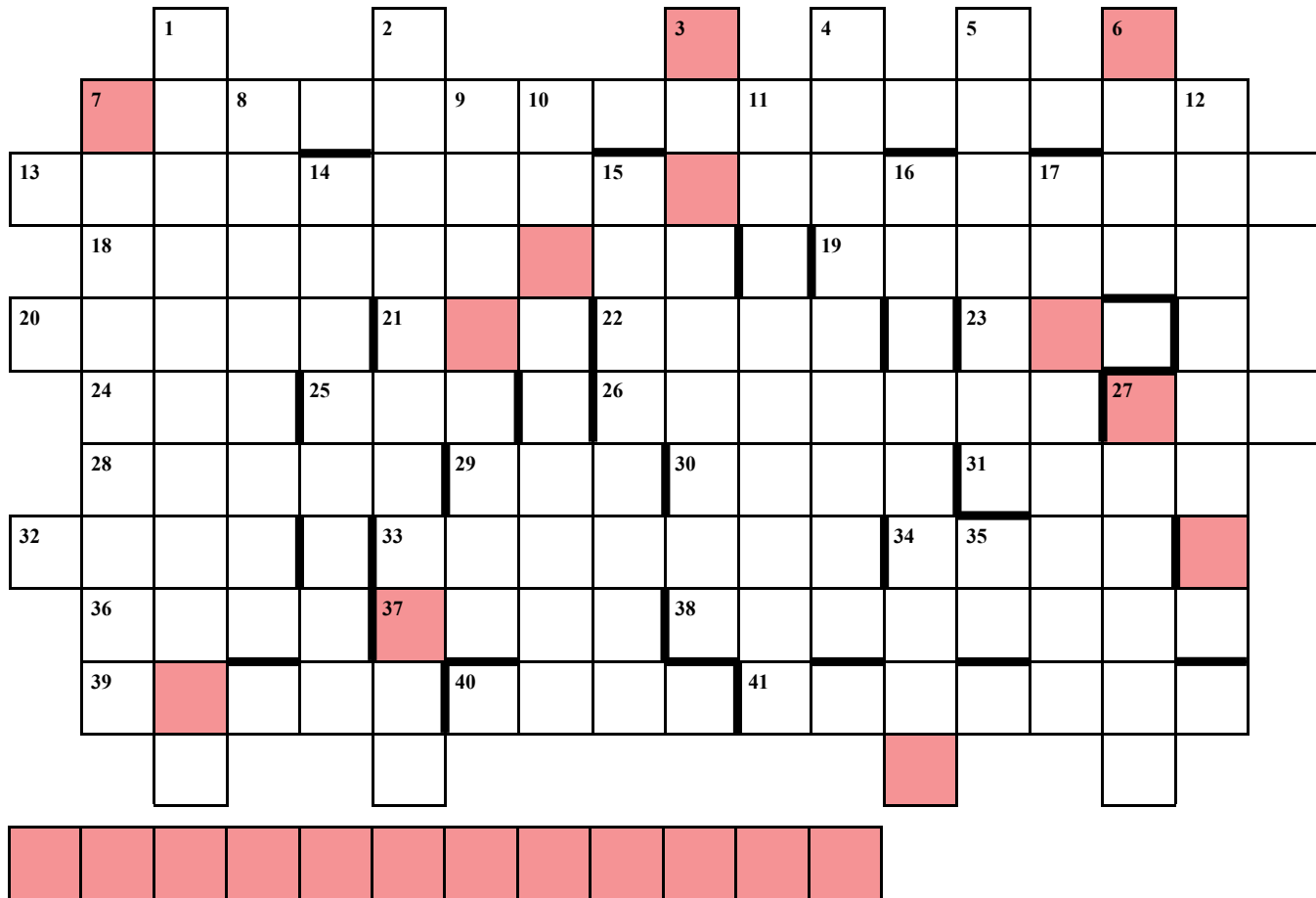
Welche Erkenntnisse erhoffen Sie sich vom dreijährigen Studienbetrieb?

Das Ziel ist, erst einmal zu schauen, wie eine regulierte Abgabe funktioniert, bevor sie dann hoffentlich öffentlich gemacht wird. Die Versuche in kleinem Rahmen sollen zeigen: Wie funktionieren Social Clubs als legale Bezugsquellen? Mit den Erfahrungen und dem Wissen der nächsten drei Jahre kann dann besser entschieden werden, wie man in Zukunft mit diesem Thema umgeht.

Momentan ist die Gesetzeslage auf dem offenen Markt ziemlich schwammig: Zehn Gramm Cannabis darf man bei sich haben, beim Rauchen darf man sich aber nicht erwischen lassen. Kann die Studie hier auch für Anpassungen sorgen?

Das wird die Zukunft zeigen. Auf jeden Fall ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn man in Richtung Legalisierung gehen möchte, so braucht man Erkenntnisse. Und die ergeben sich aus der Studie. Wir fangen jetzt also damit an, in den nächsten drei Jahren Erfahrungen und Erkenntnisse zu sammeln. Darauf aufbauend kann dann entschieden werden, ob wir weiter in Richtung regulierte Abgabe gehen. Ich bin mir sicher, dass dieses Projekt aufzeigen wird, dass Cannabis, gutes Cannabis, keinen Schaden anrichtet.

Was ist Coronaleugner:in am ehesten gegen Vernunft?



Lösungswort (markierte Felder von oben links nach unten rechts, generell gilt $I = J = Y$): **Ist bei den Bayern gleich in zweifacher Hinsicht zu Ende.**

Waagrecht:

7. Womit Wutbürger:in Kommentarspalte schon mal verwechselt. 13. Statt diese zu äussern, wenn man zu wenig hat, sagt manch einer lieber: «Scheiss Ausländer!» 18. Ist Coronaleugner:in am ehesten gegen Vernunft. 19. Das Zusammenleben ist einer zwischen Kompromissen. 20. Steht eher in Bayern als bei uns, so wie die Resi und der Beppo auch nicht von hier sind. 21. Ausdruck von Kälte, falls nicht Aufforderung zum Anhalten. 22. Hat einst als Flohmarkt 2.0 begonnen. 23. Sei das Land, in welchem jeder die Chance habe, Tellerwäscher:in bei Millionär:innen zu werden. 24. Galt mit beinahe Hortikulturist als eine der Schönsten dieser Erde. 25. Tonangebend beim Ausblick auf den Golfo di Napoli. 26. Herakles I: Klug und schön sei sie gewesen, die erste Frau in seinem Leben. 27. Herakles II: Die dieser nicht atmete, wohl

aber Herkules. 28. Herakles III: Beim Kampf mit ihr war er quasi Hauptabnehmer. 29. Worin die olympischen Götter heutzutage versammelt sind. 30. Derzeit fast bedeutungslos und doch hauptverantwortlich für das Brexit-Desaster. 31. Herakles IV: Den erymanthischen musste er leben lassen. 32. Worüber compatriotes sich freuen, unsereinen bringt sie zum Schlottern. 33. Wie die östlichen nicht mehr genannt werden wollen, die westlichen aber bestehen darauf. 34. Welche vornehmlich Poet:innen schmerzt. 36. Führte Regie, wo Giancarlo den Pasqualino gab. 37. War mit anderswo Lorbeer ein halbes Duo. 38. Letzteres für sich wär freundlich, so klingt's halt eher obrigkeitlich oder oberlehrerhaft. 39. Herakles V: Hätte niemals gereicht, für den Stall des Augias. 40. Bestimmt ein Bestandteil von japanischem Nationalgericht. 41. Tom Jones' Ballade von toxischer Männlichkeit.

Senkrecht:

1. Eine Art von Coaching, falls nicht Sichtweise eines Action-Comichelnden. 2. Ist ausser Hand- auch ein Mundwerker. 3. Wie die Ziege eine Distel frisst, falls nicht andere Bezeichnung für Tagetes. 4. Der hat zwar meistens recht, wird aber kaum je glücklich damit. 5. Die Lieblingswurzel von vielerlei Hexe:rn und Zauber:innen. 6. Komiker, der von Understatement von hinten und vorne keine Ahnung hat. 7. Der Wiener Bezirk war hierzulande weiland auch als Zahntag bekannt. 8. Der russische Volksbrauch ist auch bei Profisportler:innen verbreitet, wenn auch kaum beliebt. 9. Vielleicht ein Egoist, der von allen geliebt werden möchte. 10. Ganz besonders mag ich solches, wo ersteres auch letzteres ist. 11. C, E und G beispielsweise, wird meist als Wohlklang wahrgenommen. 12. Die Axt im Haus erspart heutzutage vielleicht auch selbige. 14. Pause, um die

Krawatte zu lockern, meint vielleicht Sportbanaus:in, ... 15. ... während diese fremdländische Gangart nicht nur in Sportschuhen möglich ist. 16. Textilhandwerk; ohne den Zweiten vielleicht der zwanghafte Drang, als anders als alle Andern wahrgenommen zu werden. 17. Hier die märchenhafte Stammutter aller nie Zufriedenen, ... 27. ... und da der sagenhafte Stammvater der ewigen Stadt. 35. Ist auch mit D am Ende schnell gebrochen.

Den Talon zur Einsendung des Lösungswortes finden Sie auf Seite 8. Einsendeschluss ist am Dienstag, 5. September um Mitternacht.

Eine Tramtangente für den Norden

Die Stadt wächst, der öV soll Schritt halten: Kanton und Stadt Zürich wollen den öV weiter ausbauen. Einen Schwerpunkt bildet die Tramtangente Nord.

Nicole Soland

Mehr Einwohner:innen, mehr öV: Was einfach tönt, bedingt viel Planungsarbeit, und das Jahre, bevor das erste Tram fährt. Am Dienstag stellten Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh und der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, Stadtrat Michael Baumer, einen solchen geplanten Angebotsausbau vor: die Tramtangente Nord, die künftig Zürich Affoltern, Oerlikon und Stettbach verbinden soll. Dieses Projekt ist Bestandteil der Strategie 2025–2029 des Zürcher Verkehrsverbunds ZVV sowie der Netzentwicklungsstrategie der Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich VBZ. Diese Strategie wiederum beruht auf dem «Zukunftsbild ÖV 2050» der VBZ, die unter anderem ein Ringsystem vorsieht, das diese neue Tangentialverbindung beinhaltet.

Noch kein Kapazitätsproblem

Der öV sei «das Rückgrat des nachhaltigen Verkehrs», betonte die Volkswirtschaftsdirektorin und erwähnte gleichzeitig die Klima- und die «ambitionierten» Verlagerungsziele: Heute wird der Verkehr im Kanton Zürich zu einem Drittel und in der Stadt Zürich zu rund 40 Prozent mit dem öV bewältigt. Das Potenzial zu einer weiteren Steigerung dieser Anteile bestehe vor allem im urbanen Raum. Doch wenn die Menschen in Zürich den öV «dauerhaft nutzen» sollten, brauche es «ein richtig gutes Angebot», namentlich «ein dichtes Netz am richtigen Ort». Carmen Walker Späh erinnerte aber auch daran, dass man keineswegs bei Null beginnen müsse, und erwähnte Projekte

wie die Durchmesserlinie, die Glattalbahn und die Limmattalbahn. Und natürlich auch, dass man uns weltweit um unseren öV beneide: «Die Verkehrswende, die andere Städte erreichen wollen, brauchen wir in der Stadt Zürich nicht, denn das hiesse ja, dass wir es nicht richtig gemacht hätten. Aber wir müssen konsequent weitermachen wie bisher und den öV dort ausbauen, wo es Sinn macht.» Heute hätten wir in Zürichs Norden noch kein Kapazitätsproblem, betonte sie, «doch wir müssen parat sein, wenn der Bedarf da ist». Damit der öV seine Vorteile ausspielen könne, sollte der Ausbau mittels Eigentrassée erfolgen, fügte sie an.

«Logische Weiterentwicklung»

Stadtrat Michael Baumer sprach von der «Tramstadt Zürich» und von der wachsenden Stadt im Norden und Westen, wobei vor allem im Norden viele Menschen zugezogen und viele neue Arbeitsplätze entstanden seien. Der öV transportiere die meisten Menschen in der Stadt, betonte er, nämlich rund 735 000 pro Tag – im Spitzenjahr 2019 waren es sogar 900 000 pro Tag –, und das Wachstum dort werde sich fortsetzen. Baumer verwies auf das neue Buskonzept, das per Dezember 2023 für bessere Querverbindungen sorgen soll, und aufs Tram Affoltern. Die Tramtangente sei dessen «logische Weiterentwicklung». Die Finanzierung erfolgt über den kantonalen Verkehrsfonds, aber nicht nur: Die Planung muss unter anderem deshalb so frühzeitig beginnen, damit das Projekt in die Agglomerationsprogramme der 6. Generation aufgenommen und damit vom Bund mitfinanziert werden kann. Zur Streckenführung der neuen Tangente wurden zwei Varianten präsentiert, wobei sich in diesem frühen Stadium der Planung noch keine genauen Angaben dazu machen liessen: Die Weiterentwicklung des öV richte sich danach, wo das Wachstum und damit der Bedarf am grössten seien. Als nächstes erstellt die Stadt Zürich eine Potenzial- und Machbarkeitsstudie.

Bitte nicht die Maximalmenge

Gesundheits- und Umweltdepartmentsvorsteher Andreas Hauri schien an der Medienorientierung zum Start des Pilotprojekts «Züri Can» von Stadt, Universität und Psychiatrischer Uniklinik glücklich darüber, dass die kontrollierte legale Abgabe von Cannabis, von der seit Jahren gesprochen wird, endlich beginnt – und damit auch eine neue Etappe in der Stadtzürcher Drogenpolitik. Schon 2006 habe es ein Postulat für ein ähnliches Projekt im Gemeinderat gegeben, und nun, nach fast 20 Jahren und dank viel politischem Engagement auf nationaler Ebene, wird schliesslich daran angeknüpft. Denn mittlerweile sei sogar die generelle Cannabis-Legalisierung möglicherweise mehrheitsfähig. In Zürich kiffen derweil rund 140 000 Menschen einmal pro Jahr oder öfter.

Dass rund 1200 Personen nun legal konsumieren können, reiht sich in die Präventionsstrategie der Stadt ein. Dort, wo konsumiert wird, soll zumindest möglichst risikoarm konsumiert werden. Bezogen wird entweder im Drogeninformationszentrum, in zehn Apotheken oder zehn Social Clubs, je nachdem, wie es die Studienteilnehmer:innen im Voraus festgelegt haben – konsumiert nur im Fumoir, wenn im Social Club beziehend, oder aber zuhause. Das Studien-Cannabis wird nach Bio-Verordnung produziert, strengen Kontrollen unterzogen, und der Gehalt der verschiedenen Wirkstoffe ist genau bekannt. Der Preis unterbietet knapp den Schwarzmarkt mit rund 7.40 bis 9.60 Franken pro Gramm. Weiter erhalten die Studienteilnehmer:innen einen Studienaussweis, mit dem das bezogene Gras in offizieller, aber neutraler Verpackung nach Hause transportiert werden darf – aber die Ordnungsbusse für Konsum im öffentlichen Raum würde bleiben und das Vorzeigen des Studienaussweises wäre in diesem Fall wohl sogar kontraproduktiv. Pro Monat darf eine Wirkstoffmenge von 10g THC bezogen werden, was bei der stärksten Cannabissorte 50g, bei der schwächsten rund 100g entspricht. In der Safer Use-Broschüre der Stadt steht hierzu jedoch: «Konsumieren Sie deutlich weniger als die maximal mögliche Bezugsmenge.» sca.

Reklame

TARANEH ALIDOOSTI

NAVID MOHAMMADZADEH

SUBTRACTION

MANI HAGHIGHI • IRAN

Der neue Clou
des visionären iranischen
Filmemachers.

AB
31. AUGUST
IM KINO

Official Selection
tiff
Toronto International
Film Festival 2022

trigon-film

«Nicht alle wollen Vorreiter sein»

Isabelle Stadelmann-Steffen ist Professorin für vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Dort erforscht sie die Akzeptanz erneuerbarer Energien und wie die Energiewende in einer direkten Demokratie wie der Schweiz gelingen kann.

Anton Benz

Vor fast fünf Jahren, am 20. August 2018, trat ein 15-jähriges Mädchen mit einem Plakat vor den Schwedischen Reichstag in Stockholm. Darauf in grossen schwarzen Lettern: «Skolstrejk för Klimatet». Ein Jahr später schlossen sich diesem Aufruf weltweit über vier Millionen Menschen an und gingen für das Klima auf die Strasse. Drei Worte, die die Welt nachhaltig veränderten. Ein Kippunkt?

Eigentlich ist das ein Schlüsselkonzept in der Erforschung der Klimakrise: Das Überschreiten eines Schwellenwertes kann unumkehrbare Veränderungen anstossen, wie ein Dominostein. Das System kippt und verliert seinen stabilen Zustand: Eine Erwärmung um wenige Zehntelgrad könnte die Heimat von Milliarden von Menschen unbewohnbar machen, Millionen von Tier- und Pflanzenarten könnten aussterben. Aber auch sozialer Wandel lässt sich mit solchen Dynamiken beschreiben.

Frau Stadelmann-Steffen, können soziale Kippunkte den Kampf gegen die Klimakrise beschleunigen?

Isabelle Stadelmann-Steffen: Mit den sozialen Kippunkten haben wir ein Konzept, das vielleicht so gut wie kein anderes die Art von Veränderung beschreibt, die wir bei der Reduzierung von Treibhausgasen brauchen: Es muss extrem schnell gehen, fundamental sein und deshalb etwas Nicht-lineares beinhalten.

Das bedeutet, vereinfacht ausgedrückt, dass auch anfänglich langsame Veränderungen Fahrt aufnehmen können.

Genau. Nicht alle wollen Vorreiter sein: Selbst wenn zunächst nur eine Minderheit ihr Verhalten ändert, kann dies eine Eigendynamik auslösen. Andere bemerken dann, dass sich allmählich eine Norm ändert, und möchten nicht aussen vor bleiben.

Eine Erderwärmung um 1,5 bis 2 Grad führt wahrscheinlich dazu, dass die Eisschilde über Grönland oder der Antarktis unaufhaltsam tauen. Der Meeresspiegel wird dadurch ansteigen und könnte die globalen Wasserbewegungen verändern. Solche Kippunkte sind vor allem aus der Klimaforschung bekannt. Die Idee kommt aber ursprünglich woanders her.

Tatsächlich verwendeten Sozialwissenschaftler das Konzept bereits in den 1950er-Jahren, um die Segregation in US-amerikanischen Nachbarschaften zu erklären. In vielen Fällen begann die weisse Mehrheitsbevölkerung, massenweise wegzuziehen, sobald eine Nachbarschaft zu etwa 20 bis 30 Prozent aus ethnischen Minderheiten bestand.

Braucht man für radikale Veränderungen also gar keine Mehrheiten, sondern nur eine kritische Masse?

Die Beschleunigungseffekte, die für Kippunkte wichtig sind, treten oft bei deutlich weniger als 50 Prozent ein. In diesem Sinne könnte man argumentieren, dass für das Auslösen eines Kippunkts keine Mehrheiten erforderlich sind. Für das eigentliche Kippen ist es aber anders: Ra-

«Radikale Veränderungen sind schlussendlich ohne Mehrheiten nicht möglich.»

Isabelle Stadelmann-Steffen

dikale Veränderungen sind schlussendlich ohne Mehrheiten nicht möglich.

Wie unterscheiden sich gesellschaftliche Kippunkte von jenen im Erdklima?

Ein Hauptunterschied liegt in der wesentlich höheren Komplexität von Gesellschaften. Sie unterliegen keinen physikalischen Gesetzen, sondern bestehen aus verschiedenen Akteuren, die nach eigenen Interessen und Normen handeln, oft ist das schwer voraussagbar. Je grösser das betrachtete soziale System ist, desto komplizierter wird es. Daher ist es fast unmöglich, ein globales Modell für soziale Kippunkte zu entwickeln.

Haben Sie deshalb vorgeschlagen, nicht von sozialen Kippunkten zu sprechen, sondern von Kippdynamiken?

Damit würden wir zumindest sprachlich anerkennen, dass es im Bezug auf gesellschaftliche Veränderungen eben nicht diesen einen Tropfen Veränderung gibt, der das Fass zum Überlaufen bringt. Es sind

immer verschiedene Dynamiken, die zusammenwirken.

Welche sind das?

Laut unserem Ansatz müssen in den Bereichen Technologie, Politik und Gesellschaft Veränderungen stattfinden, um einen sozialen Kippunkt zu erreichen. Erst wenn in allen drei Bereichen der Schalter umgelegt wird, kommt es in den meisten Fällen zu den exponentiellen Veränderungen, die das Kippen ausmachen. Das bedeutet auch: Es geht nicht um eine Entweder-oder-Situation, bei der wir uns entscheiden müssen, ob wir neue Technologien, politische Verbote oder individuelles Verhalten ändern wollen. Um klimaneutral zu werden, benötigen wir alle drei Bereiche.



Isabelle Stadelmann-Steffen (Bild: zVg)

Bedenkt man, wie lange Frauen für ihr Wahlrecht kämpfen mussten, oder wie lange es dauerte, bis in den USA die Rassentrennung aufgehoben wurde, dann zeigt sich, dass das Kippen zwar schnell gehen kann, es aber viel Zeit braucht, bis die Gesellschaft überhaupt an diesen Punkt kommt. Ist sozialer Wandel also zu träge?

Soziales Kippen ist derzeit recht selten. Aber genau deshalb ist es wichtig, genauer hinzusehen und zu fragen: Wo und unter welchen Bedingungen kann es plötzlich zu einer neuen Mehrheit kommen für drastische Massnahmen wie einen Kohleausstieg, Nuklearausstieg oder Verbote gewisser Technologien? Es ist schwer vorherzusagen, wann genau die richtige Kombination in den verschiedenen Bereichen gegeben ist.

Ein Positivbeispiel ist die Solarwende in Deutschland. Anfang der Nullerjahre haben oft ganz wenige Solaranlagen in einer Strasse dazu geführt, dass Nachbarn sich auch Module installierten. Unterschätzen wir die Kraft lokaler Veränderung in der globalen Klimakrise?

Es ist entscheidend, auf welcher Ebene wir die Kippdynamiken betrachten: Geht es um regionale Veränderungen oder weltweite Umbrüche? Vor allem für Erstere können Nachbarschaftseffekte eine treibende Kraft sein. Schliesslich möchte niemand derjenige sein, der nicht mitmacht, und mit einer Solaranlage auf dem Dach kann man das auch zeigen.

Jetzt steht die Wärmewende an. Glauben Sie, da können wir auf ähnliche Effekte bauen?

Ich denke, dass die Solarwende in dieser Hinsicht einfacher war, denn gerade durch die grosszügigen Förderprogramme konnten Hausbesitzer:innen mit eigenen Anlagen auf dem Dach über den eigenen Bedarf hinaus Geld verdienen. Ausserdem ist der gesellschaftliche Nutzen offensichtlich: Ich produziere nicht nur für mich, sondern auch noch für andere Strom. Das erleichtert soziale Ansteckungseffekte. Heizungen hingegen sieht man viel weniger und die finanziellen Anreize sind auch we-

niger offensichtlich, gerade ein Heizungersatz ist teuer. Deshalb ist die Wärmewende sicher ein noch besseres Beispiel, dass es Veränderungen in allen drei Sphären braucht, auch in der politischen.

Ist das neue Heizungsgesetz also ein richtiger Schritt?

Ja, das wäre mein Argument im Sinne des Kippunkt-Ansatzes: Ohne Vorgaben und Verbote geht die Veränderung wohl nicht schnell genug voran.

Sie forschen zur Energiewende in der Schweiz. Ist es dort leichter, Kippdynamiken in Gang zu setzen?

In Deutschland ist es viel einfacher, grossangelegte Subventionsprogramme aufzuziehen, wie die Förderung von Wind- und Solarstrom. Auch die Änderung der Rahmenbedingungen ist einfacher, wie eben der Atom- und Kohleausstieg, weil die Regierung solche Entscheide im Wesent-

lichen selbstständig treffen kann. Diese grossen Veränderungen sind in einer direkten Demokratie wie der Schweiz viel schwieriger umzusetzen. Auf der anderen Seite gelingt die Wärmewende in der Schweiz vielleicht leichter als in Deutschland, weil sie stärker auf das Individuum zielt und hier eine Kultur der Selbstverantwortung verbreiteter ist.

Das Konzept der sozialen Kippunkte wird auch kritisiert. Eine ihrer Kolleginnen nannte es eine Rettungsleine, an die sich Wissenschaftler:innen aus Angst vor der Klimakrise klammern.

Ich teile die Ansicht, dass das Konzept zu einer blossen Metapher verkommen könnte. Dennoch finde ich es hilfreich. Wenn wir etwa Umfragen zur Unterstützung politischer Massnahmen betrachten und dabei den Kippgedanken mitnehmen, lernen wir daraus: Auch eine geringfügige Veränderung kann entscheidend sein – wenn die 50-Prozent-Schwelle überschritten wird.

Wo hat gesellschaftlicher Wandel schon funktioniert? Drei Beispiele

1. Der Schock: Kehrtwende in der Atompolitik

Am 11. März 2011 forderte ein Seebeben in Japan zehntausende Menschenleben. Und der Tsunami beschädigte das an der Küste errichtete Kernkraftwerk Fukushima Daiichi. Es kam zur Kernschmelze. Nur wenige Tage nach dieser Katastrophe beschloss die Koalition aus CDU und FDP in der BRD den Ausstieg aus der Atomenergie. Eine Kehrtwende: Denn noch wenige Monate zuvor hatte sich dieselbe Regierung für Kernkraft als Stromquelle ausgesprochen.

Christina Eder vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim und Isabelle Stadelmann-Steffen von der Universität Bern betonen, dass der externe Schock zum Kippen in der damaligen politischen Regierung führte. Doch warum hat Fukushima in Deutschland einen Atomausstieg bewirkt, in anderen Ländern wie der Schweiz nicht? Die beiden Forscherinnen erklären, dass Deutschland bereits zuvor in einem «kritischen Zustand» war, sich also bereits nahe an einem Kippunkt in Richtung Atomausstieg befand. Massgeblich verantwortlich dafür waren die jahrzehntelangen Proteste der Anti-Atomkraft-Bewegung. Mit Winfried Kretschmann stellten die Grünen 2011 zudem ihren ersten Ministerpräsidenten. Der Reaktorunfall in Japan erwies sich somit als der entscheidende Auslöser in einer Entwicklung, die bereits länger in Gang war. In der Schweiz hingegen war die Bevölkerung deutlich gespalten: zwischen 1984 und 2016 entschied sie sich in sechs Abstimmungen gegen einen Atomausstieg.

2. Der Trend: Solarwende in Deutschland

Eigentlich ist Deutschland alles andere als sonnenverwöhnt. Dennoch war die Bundesrepublik 2009 mit Abstand Spitzenreiter in Bezug auf die

weltweit pro Kopf installierte Photovoltaik-Leistung. Möglich machte das eine progressive Finanzierungspolitik um die Jahrtausendwende: Der Staat zahlte Geld für den produzierten Strom und vergab günstige Kredite. Es gab aber noch einen weiteren Treiber. Fachleute bezeichnen ihn als soziale Ansteckung. Wie Analysen des Volkswirts Johannes Rode von der TU Darmstadt zeigen, erhöhte sich mit jeder Installation die Wahrscheinlichkeit, dass in der Nachbarschaft weitere Anlagen auf Haus und Garagendächer gebaut wurden. Diese Nacheffekte addierten sich so weit, dass Hotspots entstanden, in denen besonders viele Solaranlagen installiert wurden. Ist eine kritische Masse erreicht, kippt möglicherweise eine Verhaltensnorm: Anstatt sich als Aussenseiter zu fühlen, wenn man sich Solarmodule auf das Dach bauen lässt, empfindet man sich nun als Sonderling, wenn man es nicht tut. So erklärt es der Soziologe Damon Centola von der University of Pennsylvania. Photovoltaik-Anlagen verwandelten sich vom Spielzeug für Ökos und Nerds zum «Mercedes-Benz auf dem Dach», wie Forscher feststellten. Trotz der hohen Ansteckungsgefahr brach die Infektionskette jäh ab: Ab 2010 wurden die Finanzierungshilfen für Photovoltaik von der Bundesregierung gekürzt und für den eingespeisten Strom wurde weniger gezahlt. Der Ausbau der Solarenergie wurde so stark verlangsamt.

3. Der Deal: Ein weltweites FCKW-Verbot

Viel Macht in wenigen Händen – normalerweise kein vielversprechender Beginn einer Geschichte. Doch manchmal bietet sich so auch ein wirksamer Hebel für tiefgreifende Veränderungen. So etwa beim Verbot der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW): Als der Weltmarktführer Dupont seine Blockadehaltung aufgab, ging alles ganz

schnell. Aber der Reihe nach. In den 1970er-Jahren wurde bekannt, dass das Kühlmittel die Ozon-schicht zerstörte. Zunächst übte sich die Industrie in Verharmlosung und Ablenkmanövern. Verbraucher:innen begannen aber, auf FCKW-haltige Produkte zu verzichten und übten Druck auf die Politik aus. Als Erstes regte sich die US-Regierung: Sie machte Ernst und verbot die Verwendung der Gase. Damit brockte sie dem Branchenriesen Dupont einen gewaltigen Wettbewerbsnachteil gegenüber nicht dort ansässigen Unternehmen ein.

Mitte der 1980er-Jahre entdeckten Wissenschaftler:innen das Ozonloch über der Antarktis und damit auch das Ausmass der Gefahr, die von FCKW ausging. Dupont setzte sich von nun an für ein internationales Verbot von ozonschädigenden Stoffen ein – nicht ganz uneigennützig, so sollten auch wieder gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen geschaffen werden. Kurz darauf, 1987 und 1988, unterzeichneten 46 Staaten das Montreal-Protokoll. Zunächst einigten sie sich auf eine schrittweise Reduktion und schliesslich auf ein vollständiges Verbot von Substanzen, die die Ozonschicht angreifen. Bis heute sammelten sich 198 Unterschriften unter dem Montrealer Protokoll – das sind mehr, als die UNO Mitglieder hat. Einige Stimmen bezeichnen das Protokoll als bis dato erfolgreichstes Umweltabkommen. Es zeigt, wie schnell globale Veränderungen voranschreiten können. Natürlich waren die Voraussetzungen dafür günstig, da es zügig Alternativen zu den FCKW gab. Der Erfolg des Montrealer Protokolls verdeutlicht auch, warum es so viel herausfordernder ist, sich auf eine gemeinsame Reduktion der Treibhausgase zu einigen. Denn ein Dupont beim CO₂-Ausstoss fehlt.

Erschienen in der wochentaz vom 8.7.2023 und auf taz.de (<https://taz.de/Politologin-ueber-soziale-Kippunkte!/5944360/>)

Folgen verpasster Chancen

Die von Michail Gorbatschow geprägte Formel vom gemeinsamen Haus Europa ist längst vergessen. Der von Oppositionellen im deutschen Osten erhoffte Aufbruch zu einem sozialökologischen Neustart erwies sich als kurzlebige Illusion. Jetzt steht dort bei den Enttäuschten die extreme Rechte für das Alternative. Eine neu proklamierte Zeitenwende ist mit Kriegsbildern verknüpft. Lässt sich bei Blicken auf verpasste Chancen noch etwas lernen?

Hans Steiger

«EUROPA 2023: FRIEDEN – höchstes Gut der Menschheit.» Das hat die Vereinigung der europäischen Postunternehmen signalisiert, als sie das ursprüngliche gemeinsame Motiv der Jahresmarke kippte und durch einen «Friedensknoten» ersetzte. Aus der Schweiz war ein «Olivenzweig auf Händen» als Symbol des Friedens vorgeschlagen worden. Es kam als zusätzliches Signet zum Zug,



In diesen Tagen propagiert unsere Post – neben dem Bogen «175 Jahre Bundesverfassung» – sogar ein «multilaterales Set» mit acht friedlichen Marken aus dem deutschsprachigen Raum. Von der Vatikan-Philatelie wird ein Papst mit Ukraine-Flagge geboten, Åland steuert «aus dem nautischen Flaggenalphabet» die Buchstaben N und D bei, was «nuclear disarmament», nukleare Abrüstung, bedeutet. Kleinformatig zeigt diese Mischung die Vielfalt, aber auch Konfusion der Gefühle im gegenwärtigen Geschehen, an das wir uns schon gefährlich gewöhnen.

Traum vom gemeinsamen Haus

Michail Gorbatschow hatte in den späteren 1980er-Jahren mit seiner Vision von einem gemeinsamen Haus Europa weitherum die Hoffnung geweckt, dass das Bemühen um Abrüstung und die Vertrauensbildung zwischen den Blöcken endlich zu Erfolgen führen könnte. In seinem Buch zur «Perestroika. Die zweite russische Revolution» widmete er ihr ein ganzes Kapitel. Quer zu den alten Fronten wurde über neue Partnerschaf-

ten sowie die Nutzung frei werdender Mittel – der sogenannten Friedensdividende – spekuliert. Für alle Benachteiligten eine Chance? In den aktuel-

Immer wieder irritiert mich, dass Freiheit angloamerikanisch schon rein sprachlich fast wie Frieden klingt. Wenn das doch so einfach wäre!

len Zusammenhängen irritiert mich zuweilen, dass Freiheit angloamerikanisch rein sprachlich fast wie Frieden klingt. Wenn das doch so einfach wäre! Alles scheint immer komplizierter zu werden. Doch zum Ende des letzten Jahrhunderts kamen sich diese Begriffe tatsächlich näher.

Dass der damalige Hoffnungsträger auf dem Cover eines aktuellen «Argument-Readers zum Ukraine-Krieg auftaucht, ist nicht überraschend. Wolfgang Fritz Haug, der Gründer und prägende Kopf auch im 64. Jahrgang der Zeitschrift, hatte damals stark auf diese Entwicklung und frische so-

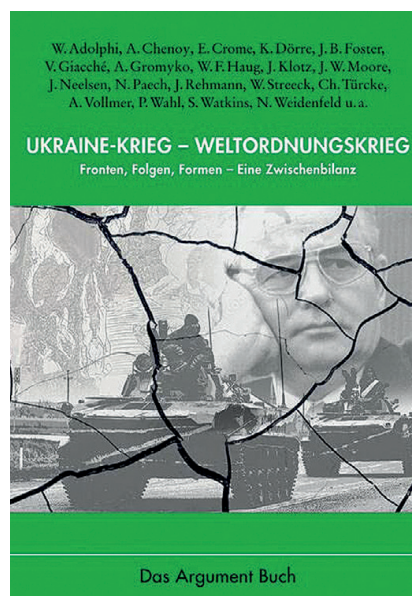
zialistische Perspektiven gesetzt. Wiederholt wird hier daran erinnert, dass für die EU «nach dem Ende des Kalten Krieges eine doppelte Chance bestand»: Sie hätte zu den Vereinigten Staaten von Europa werden und so gestärkt auch nach aussen «eine partnerschaftliche Friedensordnung» befördern können. Beides wurde beim oder nach dem Zerfall des Ostblocks im Zuge von geopolitischen Machtspielen vertan.

Mitten im Krieg gegen die Erde

Die für mich überzeugendste Analyse der aktuellen Lage liefert Klaus Dörre, gerade weil er sich in den Beurteilungen zum verheerenden Kampf um die Ukraine nicht allzu sicher gibt – die Linke werde sich noch «eine autonome Position zum Krieg erarbeiten müssen». Auch sei der uns nahe Gewaltausbruch immer im Umfeld des globalen Ringens um eine neue Weltordnung sowie der fortschreitenden Ausbeutung, dem «Krieg gegen die Erde», zu betrachten. Die reichen Länder des Nordens tragen für den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt die Hauptverantwortung, unterstützen den Süden aber kaum, wenn es um die zunehmend katastrophalen Folgen oder um Hilfe bei der überfälligen Nachhaltigkeitsrevolution geht. Den derart Bedrohten kann sich der Putinismus «als Aufbegehren gegen westliche Dominanz und Arroganz» präsentieren, und offensichtlich kommt seine Selbstinszenierung auch bei vielen Bedrängten und Verunsicherten unserer Breiten gut an. Dem ist nicht mit billigen Parolen zu begegnen. Es wären intensive und offene Diskussionen nötig. «Von einer konstruktiven Grundhaltung, die den möglichen eigenen Irrtum als reale Möglichkeit einbezieht», stellt Dörre jedoch vorab mit Blick auf Kontroversen um den Ukraine-Krieg fest, «sind die gesellschaftliche Linke im erweiterten und die deutsche Linkspartei im engeren Sinne gegenwärtig meilenweit entfernt.» Immer mehr Waffenlieferungen sind dabei nur ein Konfliktfeld von vielen.

Nur rauchende Trümmerhaufen

Vielleicht passt hier eine Zwischenbemerkung zu «Die Waffen nieder!», dem erstmals 1889 erschienenen Roman der späteren Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner. Die schon im



Februar kurz angezeigte Neuedition liegt nun vor, samt dem aktuellen Vorwort von Eva Quistorp: 1945 geboren, Tochter und Schwester von Kriegsdienstverweigerern, selbst früh und lebenslang friedensbewegt, feministisch engagiert, Gründungsmitglied der deutschen Grünen. 1989 wurde sie ins Europaparlament gewählt und – nicht nur dort – mit dem Ruf nach Interventionen zur Sicherung des Friedens, auch militärischem Eingreifen konfrontiert. «Die Waffen nieder» taucht denn bei ihr auch mit Fragezeichen auf. In den auf lange Lebenserfahrung gestützten Erwägungen spiegelt sich, besonderes mit Blick auf die Ukraine, die tiefe Zerrissenheit vieler. Stets aber gelte es, sich jeder Gewaltverherrlichung zu widersetzen und

Die neu Vereinigten Staaten von Europa hätten auch nach aussen eine partnerschaftliche Friedensordnung befördern können.

sich nicht mit den «Egomanen an der Macht» zu verbünden, «die alte Machobilder wieder hoffähig und modisch machen». Gewalt hat Ursachen, und immer Folgen.

Das vom Verlag auf den Buchrücken gesetzte Zitat aus von Suttners Kampfschrift hebt einen Kernpunkt ihrer konsequenten Kriegskritik hervor: «Das Dorf ist unser – nein, es ist des Feindes – und wieder unser – und abermals des Feindes, aber ein Dorf ist's nicht mehr, sondern ein rauchender Trümmerhaufen.» Diesen so bitter wahren Kommentar zur derzeit wieder tragisch alltäglichen Frontberichterstattung hat die nicht allein literarisch aktive Pazifistin vor dem Ersten Weltkrieg verfasst. Eigentlich weist im «Argument»-Band der Titel des Editorials in die gleiche Richtung: «Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!» Trotzdem kommen dort «humanistische Pazifisten wie Jean Jaurès, Bertha von Suttner, Stefan Zweig oder Bertrand Russell» nur in einem kleinen Nebentext vor. Diese seien schon immer «als schwach, feige und unpatriotisch beschimpft, ausgegrenzt, eingesperrt und – im Falle Jaurès ermordet» worden. In akuten Krisen seien Intellektuelle lieber «imaginäre Krieger» als Friedensstifter.

«Gewinnen?» Wer, wo und was?

«Gewinnen?» ist ein weiterer Denkanstoss überschrieben. Er greift die Formel auf, dass der Angegriffene nicht verlieren dürfe. «Was der Ukraine widerfuhr, ist ungeheuerlich – und hat eine lange Geschichte.» Dieser wird danach über Hunderte von Seiten nachgegangen. Durchaus erhellend, aber zuweilen mit schwer erträglicher Rechthaberei. Bei der wichtigen Aufdeckung globalökonomischer Hintergründe dürfte häufig der Jargon den Zugang und das Verständnis erschwe-



ren. Exemplarisch dafür sei hier der aus dem Amerikanischen übertragene Text von Jason W. Moore: «Imperialistische Kriege in der Endphase der billigen Natur.» Der an der Binghamton University lehrende Historiker, Humangeograf und Professor für Soziologie ist laut Wikipedia auch ein «Mitbegründer der Weltökologie, einem Ansatz in Anlehnung an die Weltsystemtheorie». In seinem Beitrag kritisiert er «das stete Abdriften in Richtung einer unipolaren Strategie». Das us-amerikanische Projekt, welches «angesichts des Gleichgewichts der geopolitischen Kräfteverhältnisse» kaum realisierbar sei, strebe wohl vergeblich «nach einer tributären Lösung der kapitalistischen Krise». Mit weiter zunehmenden Destabilisierungen wachse die Versuchung, dieser epochalen Krise militärisch zu begegnen. Auch wenn schlussendlich «unverkennbar die Totenglocke des Kapitalismus» zu hören ist, die «Weltuntergangsuhr» tickt, und dann in den letzten Zeilen «ein goldenes Zeitalter für die Gemeinschaft der Produzenten und Reproduzenten im Lebensnetz» beschworen wird, tröstet das nicht.

Wertvoll ist, dass dem Ganzen der eindringliche Text von Antje Vollmer vorangeht, den die am 16. März 2023 verstorbene, klar friedenspolitisch profilierte Grüne kurz vor ihrem Tod verfasst hat. Eine bittere Skizze der in jeder Hinsicht katastrophalen Entwicklung, voll von Trauer über verpasste Gelegenheiten, sich über Grenzen hinweg der globalen Probleme anzunehmen. Vollmer war Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, galt als Pazifistin, wandte sich gegen Kosovo-, Irak- und Afghanistan-Einsätze. Ihr «politisches Vermächtnis» wurde von Haug mit einer Vorbemerkung und einem in den Zusammenhang passenden Titel versehen: «Die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges von Michail Gorbatschow (1931–2022)

her erzählen.» Tatsächlich ist diese Rückblende mit der verdienten Würdigung des vor ihr Verstorbenen auch bei ihr zentral. Sehr hart sind die Anmerkungen zur aktuellen «Zeitenwende», die ihre Grüne Partei willfährig als Teil einer an Machterhalt orientierten Politik mit vollzog. Freiheitskampf mit Feindbildproduktion statt stetem Bemühen um Frieden? Für sie gelte nach wie vor: «Wir haben nur diese eine Zukunftsoption.»

Bildungsarbeit im besten Sinne

Womit ich zurück zur deutschen Linkspartei und zu «Luxemburg» komme, einer immer wieder spannenden Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist für die nicht einfache Klärung der Lage nützlich. Seit bald zehn Jahren kann sie im Rahmen der Bildungsarbeit sogar kostenfrei abgegeben werden. Bei der Vorstellung einer früheren Ausgabe merkte ich einmal an, dass dies für mich in Deutschland allein schon Grund genug sein könnte, für «Die Linke» zu votieren. Fällt sie aus den Parlamenten, ist es mit Fördermitteln für die parteinahe Stiftung und deren Publikationen nämlich vorbei...

Der mindestens doppeldeutige Titel der jüngsten Ausgabe: «Was blüht im Osten?» Sie bietet eine kluge, vielseitige und offene Darstellung von Entwicklungen im Gebiet der einstigen DDR. Schwerpunkt der Reportagen, Gespräche und Analysen ist jedoch das Heute. Ich las das Heft, als tagesaktuelle Medien laufend Meldungen zum dort besonders rasanten Aufschwung der neuen Rechten bescherten: AfD-Bürgermeister gewinnt gegen Bündnis aller anderen Parteien, bei kommenden Wahlen dürfte sie generell stärker als die SPD sein.



Selbst unter Gewerkschaftsmitgliedern wären die Sympathien in Brandenburg ähnlich geteilt, ist einem Gespräch mit engagierten Basisleuten zu entnehmen. Viele seien nach wiederholten «Verlusterfahrungen» beim wirtschaftlichen Umbruch total resigniert, sie fühlen sich handlungsunfähig,

wählen jetzt aus Wut rechts. «Noch schlimmer erlebe ich es aber beim Thema Klimabewegung und Klimaprotest. Da geht es richtig zur Sache.» Wie der blinden Abwehr von allem irgendwie Grünen begegnen? Jüngere seien immerhin noch mit Argumenten zu erreichen, «die bringen auch Schwung in den Laden.»

Das gefühlte Vernachlässigtsein

Vor allem der Stadt-Land-Graben taucht im Heft in verschiedensten Zusammenhängen als Problem auf. Da finden sich durchaus Parallelen zur Stimmung in den zumindest gefühlt «abgehängten» Regionen bei uns. Wie hierzulande die SVP muss offenbar die AfD «sehr wenig machen, um von den Leuten als Verbündete wahrgenommen zu werden. Die sind vor Ort und hören zu.» Sie stellen keine komplexen, gar kritischen Fragen oder versuchen, über politische Prozesse aufzuklären, liefern stattdessen einfache, greifbare

Vor allem der Stadt-Land-Graben taucht im Heft in verschiedensten Zusammenhängen als Problem auf.

Feindbilder. Das können Geflüchtete, Kommunalpolitiker:innen oder allgemein «die da oben» sein. Werden strukturelle Probleme nicht gelöst, bleibt das «Vernachlässigtsein». Bildreportagen machen dies wie auch anderes augenfällig.

Zu den Fachleuten, die für Analysen beigezogen werden, gehört auch hier Klaus Dörre. Er wirkt seit 2005 als Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie in Jena und legte 2021 ein Buch über «Die Utopie des Sozialismus» vor. Vielleicht wäre auch dieses zu lesen, um zu prüfen, ob seine Vorstellungen wirklich kompatibel mit dem sind, was in einer nächsten Vision von drei Kolleginnen und Kollegen für das «Land am Rand» skizziert wird – «solidarische Formen einer Post-Wachstums-Ökonomie, die auch demokratische Teilhabe ermöglichen». Gefällt mir!

Stark fand ich auch den politerarischen Einstieg mit Manja Präkels. Und schon das erste von drei Eingangszitaten – es stammt aus «89/90»,

dem Wenderoman von Peter Richter – deutet an, was für allzu viele vom Aufbruch in «blühende Landschaften» in Erinnerung blieb, den ihnen Wiedervereinigungskanzler Kohl versprochen hatte: «Wir liefen an den Überresten der Feierlichkeiten vorbei. Deutschlandfahnen, Bierflaschen, Erbrochenes. Die Menschen schliefen jetzt. Wenn sie wieder aufwachten, würden sie arbeitslos sein.»

Nein, es wird hier nicht Ostalgie zelebriert, doch durchaus auch an verlorene Werte und verfliegene Hoffnungen auf einen menschlicheren, demokratischen Sozialismus erinnert. Anknüpfen an das, was damals nicht gelang? Nachträglich «die Wende vollenden»? Das ist jetzt ein Slogan der neuen Rechten. Sie bietet sich mit ihren Erfolgen vorab im Osten als Alternative zu dem an, was nachgerade alle enttäuscht. Was blieb von der 2021 noch einmütig ausgerufenen Fortschrittskoalition? Wo gelang die angestrebte Transformation? Eben kam die triste Zwischenbilanz, dass Deutschland in den entscheidenden Bereichen seine Klimaziele verfehle. Ein gelbes «Wachstumschancengesetz» kippt Rotes wie Grünes aus der Ampel.

Gleichzeitig geben bei den verbliebenen Linken im Bundestag gleich beide Steuerleute das leckende Schiff anscheinend völlig erschöpft auf. Mit dem Vorschlag, zur Europawahl die parteilose Carola Rackete – eine radikale Klimaaktivistin und Kapitänin bei Rettungen im Mittelmeer – als Spitzenkandidatin zu nominieren, wird die Abspaltung des Wagenknecht-Flügels akut. Es ist unheimlich, wie lange sich nun schon politische Streitereien um diese Person drehen. Vage erinnere mich an eine Rede der damals als knallrot kommunistisch gehandelten Sarah am 1. Mai 2000 in Zürich. Ein kleines Anarchogrüppchen stellte sich gegen deren Wahl zur Sprecherin der jüngeren, nonkonformen Linken. Sie sei eine Stalinistin. Was sie sagte, fand ich nicht schlimm, ihr Aussehen ein wenig peinlich – allzu offensichtlich als neue Rosa Luxemburg gestylt. Doch auch wir hatten ja unsere kleinen Lenine.

Näher bei den Leuten agieren

Von einem noch älteren Kollegen bekam ich aus Nürnberg die jüngste Ausgabe der «Arbeiterstimme», die auch noch in ihrem 53. Jahrgang als Cover-Slogan festhält: «Die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiter selbst sein!»

Angesichts der weltweiten gesellschaftlichen Spaltungen und der akuten Kriegsgefahr müsse die Linke deren wirkliche Ursachen benennen, dürfe sich nicht in interne Streitereien verrennen. Hoffnung weckten etwa die spektakulären kommunistischen Erfolge in Österreich sowie die viel zu wenig beachteten Wahlergebnisse der belgischen Partei der Arbeit, die «als konsequente Oppositionskraft» nah bei den Leuten agiere. In vielen direkten Gesprächen rückten dort elementare Bereiche wie das Wohnen oder die Gesundheitsversorgung und entsprechende Aktionsmöglichkeiten in den Vordergrund. Auf die Art sei es möglich, rechtem Populismus entgegenzutreten. Weil die Linke sonst «parlamentarisch in der Bedeutungslosigkeit zu versinken» drohe, wäre dies ihr Weg.

Dem klassenbewussten Genossen werde ich zurückmelden, schon froh zu sein, wenn sich bei uns das politisch vergleichsweise klar profilierte rotgrüne Parteienbündnis bei den Herbstwahlen halbwegs halten könne. Denn die hiesige AfD-Schwester sei als bereits etablierte Partei im Aufwind und hocke längst auf allen Ebenen in den Exekutiven. Zwar täte wahrscheinlich mehr Nähe zum Fussvolk auch unserer Linken gut. Zumindest im städtischen Raum erlaube die direkte Demokratie jedoch ein recht gutes Zusammenspiel diverser Basisinitiativen mit kooperativen politischen Kräften. Zudem setze eine neue Generation bei der sozialökologischen Transformation mit guten Gründen manchmal andere Akzente. Ein gutes Exempel könnten vielleicht die «Stadtgrün»-Vorlagen sein, die in Zürich am 3. September zur Abstimmung kommen. Wenn das dringend Notwendige in einer durchdachten Strategie zur als positiv erfahrenen Veränderung wird, lassen sich Mehrheiten finden.

BIBLIOGRAPHIE

Europa-Frieden-Briefmarken sind bei post.ch zu haben.

Ukraine-Krieg: Weltordnungskrieg. Fronten, Folgen, Formen. Eine Zwischenbilanz. Das Argument, Heft 340. Auch als Argument-Buch. Hamburg 2023, 310 Seiten, 30 Euro

Bertha von Suttner: **Die Waffen nieder!** Neuausgabe. Mit einem Vorwort von Eva Quistorp. Hirnkost, Berlin 2023, 603 Seiten, 32 Euro

Was blüht im Osten? LuXemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1/23. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 142 Seiten. Kostenfrei zu beziehen oder herunterzuladen.

Arbeiterstimme. Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis. Nummer 220 – Sommer 2023. Nürnberg, 28 Seiten, 3 Euro. Auch digital abrufbar.



Bücher der Woche

Reichlich, üppig und grosszügig



«Plenty», so hat Spitzenkoch und Autor Yotam Ottolenghi sein opulent aufgemachtes zweites Kochbuch genannt – zu Deutsch «Genussvoll vegetarisch: mediterran – orientalisches – raffiniert». Der Originaltitel sagt viel darüber aus, wie Ottolenghi kocht: Bei ihm gibt es prall gefüllte

Teller voller Pasta mit Aubergine und Mango, karamellisierten Fenchel mit Ziegenquark, frisches Fladenbrot mit Gersten-Pilz-Ragout oder Salat mit Datteln und türkischem Schafskäse.

Gemüse schneidet der Londoner Gastronom nicht einfach in feine Streifen, sondern in handfeste Stücke. Und es wird nicht in Salzwasser, sondern in Weisswein blanchiert. Auch Kräuter verwendet er grosszügig wie etwa am Brunnenkressensalat mit Pistazien und Orangenblütenwasser.

Unterteilt ist das Buch lose in Lebensmittelgruppen wie «Wurzeln», «Pilze» oder «Getreide». Die rund 125 Rezepte sind raffiniert und nicht allzu schwierig, aber teilweise zeitintensiv in der Zubereitung. Man benötigt einige Ingredienzien und Produkte, die kaum ganzjährig verfügbar sind. Wohl auch deshalb nennt Ottolenghi – übrigens kein Vegetarier – viele seiner Kreationen einfach Vorlagen, die Variationen vertragen. (net)

Yotam Ottolenghi: **Genussvoll vegetarisch.**
DK Verlag 2011, 288 Seiten, Fr. 45.90

Italienischer Küchenklassiker

«Die klassische italienische Küche» von Marcella Hazan ist eine der besten italienischen Kochbüchern. Hazan, als Marcella Polini 1924 in der Emilia-Romagna geboren und aufgewachsen, wanderte Mitte der Fünfzigerjahre mit ihrem Mann nach New York aus. Dort organisierte die studierte Biologin bald in der heimischen Küche erfolgreich Kochkurse. Das Kochen hatte sie sich selbst beigebracht. 1992 erschien mit «The Essentials of Classic Italian Cooking» ihr Hauptwerk mit 450 zeitlosen Rezepten von Antipasti bis Dolce. «Neue Rezepte» erweitert das Hauptwerk um 185 Rezepte. Warenkunde, eine Einführung in die italienische Kunst des Essens, Grundregeln und Beispiele für ein italienisches Menu fehlen genauso wenig wie Hintergrundinformationen zu den regionalen Spezialitäten oder



Tipps zu den Handgriffen, die mit Handzeichnungen illustriert und erklärenden Worten zu komplizierten Arbeitsschritten ergänzt sind. Obschon mehr als drei Jahrzehnte alt, scheint dieses Kochbuch kein Verfallsdatum zu haben. Er vereint solides Küchenhandwerk mit

einem grossen Fundus an Erfahrung und Wissen und macht mit gut umsetzbaren Rezepten den Weg frei in die klassische, italienische Küche. (net)
Marcella Hazan: **Die klassische italienische Küche.** Echtzeit Verlag 2018 604 Seiten, Fr. 62.–
Ergänzend dazu: **Neue Rezepte von Marcella Hazan.** 352 Seiten, Fr. 49.–

Einfach und schnell

Annemarie Wildeisen, eine Schweizer Rezeptautorin und Fernsehköchin, legt in «Meine Expressküche» 100 Rezepte vor, die zwar schnell zubereitet sind, aber durchaus bei Einladungen serviert werden können. Unterteilt sind die Kochanleitungen in drei Kategorien, basierend auf dem Zeitaufwand, den sie für die Zubereitung beanspruchen: 15 Minuten, 25 Minuten oder 35 Minuten. Die Rezepte, etwa ein Eier-Kresse-Tatar, Kalbsschnitzel mit Meerrettichkruste oder ein Espresso-Glacé (15 Minuten), ein Indisches Eiercurry (25 Minuten) oder Spargeln im Parmaschinken oder ein See-



zungenfilet mit Vanille-Oliven-Butter (35 Minuten) reichen von Vor- über Hauptspeise bis hin zu Desserts. Zubereitet werden die Gerichte mit saisonalen und frischen Produkten, die es in unseren Breitengraden problemlos zu kaufen gibt. Ergänzt hat die Autorin die Rezeptvorschläge mit Tipps und Variationsmöglichkeiten sowie Mengenangaben für den Kleinhaushalt. «Meine Expressküche» hält verständlich erklärte Rezeptvorschläge bereit, die mehr oder weniger einfach in der Zubereitung sind, und sich vor allem an Fleisch- und Fischesser richten.

Angela Bernetta

Annemarie Wildeisen: **Meine Expressküche.**
AT Verlag, 8. Auflage 2021, 208 Seiten, Fr. 24.–

Krimi der Woche



Hansjörg Wullschleger, Geschäftsleitungsmitglied der Zürcher Privatbank Investment, wird beim morgendlichen Golfspiel durch einen Schuss aus der Distanz ermordet. Er galt als unverwundlicher Schürzenjäger und als gieriges Arschloch. Zuständig für die Aufklärung ist, wie bei allen Fällen des

Krimiautors Andreas Russenberger, der eigenwillige Armand Muzaton, dessen Scheitern die Polizeispitze nicht ungerne sähe und der sich auch bald mit den ungeduldigen Medien konfrontiert sieht und alles andere als Hilfe erhält: Die Witwe schirmt sich ab, die Mitglieder der Bank samt CEO betonen, es könne sich nur um einen priva-

ten Grund gehandelt haben. In der Bank sei alles in Ordnung. Dass dies keineswegs zutrifft, sieht Muzaton auf den ersten Blick. Was ihm allerdings erst etwas Nutzen verspricht, als er und seine Assistentin Priya Schweizer erfahren, dass die Privatsekretärin des Ermordeten bei einer kürzlichen Geschäftsretraite in Davos beim Skifahren tödlich verunglückte und dieser Tod vor allem als Unfall taxiert wurde, weil nichts Zwingendes für einen herbeigeführten Unfall sprachen.

Die Bankleitung ersucht Philipp Humboldt, nachdem ein weiteres Mitglied der Geschäftsleitung durch einen Mord umkam, sich der Bank als Troubleshooter zur Verfügung zu stellen. Der jetzige Universitätsprofessor und Freund von Kommissar Muzaton hatte die Investmentbank als CEO zur Blüte geführt. Lediglich von der Risikochefin und vom CEO wird er gut aufgenommen. Was insofern nicht verwundert, als er schnell erkennt, dass vier Geschäftsleitungsmitglieder sich mit einem Kunsthandel, der sich zumindest

im Graubereich der Geldwäsche bewegt, unverschämte Provisionen zuschieben. Da der Autor die Geschichte aus rasch wechselnden Perspektiven schildert, wissen wir als Leser:innen, dass die beiden verbleibenden Geschäftsleitungsmitglieder um ihr Leben bangen, aber trotzdem nicht gewillt sind, mit Humboldt oder der Polizei zusammenzuarbeiten und auch nicht wirklich daran denken, ihr gutes Geschäft aufzugeben.

Andreas Russenberger arbeitete lange im Bankengeschäft, sodass er einige alles andere als astreine Gewohnheiten des Geschäfts gut schildern kann. Das Buch ist aber eine Abrechnung mit dem Bankenwesen. So gierig, sexversessen, luxus- und alkoholsüchtig sind längst nicht alle Banker:innen. Sie sind cliché. Sie dienen der Unterhaltung inklusive Spannung und vor allem vielen trockenen Sprüchen. kl.

Andreas Russenberger: **Geschäftsleitung.**
Gmeiner Verlag 2023, 280 Seiten, 24.90 Franken.

«V 13» und «Gänseblümchen» – gnadenlose Gerichte

Samstag, 26. August

8. 30 SWR: «**Mammutaufgabe Artenschutz.**» Lena Puttfarcken mit der vorletzten Folge der Wissen-Serie «Das Tier und Wir». Mit einem internationalen Abkommen sollen grosse Flächen an Land und Meer geschützt werden, in der Landwirtschaft gäbe es Konzepte für mehr Biodiversität und auch die Insektenwiese im eigenen Garten kann helfen.

11.00 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Vivian Perkovic, Journalistin und Moderatorin. Sie stammt aus einer jugoslawischen Gastarbeiterfamilie, die in den 70er-Jahren nach Deutschland kam. Nun ist sie dort als vielseitige Journalistin und Moderatorin der Fernsehsendung «Kulturzeit» auf 3sat tätig. Sie erzähle zwischen ausgewählter Musik von familiären Prägungen, ihrer Einstellung zur Arbeit und dem Anspruch an den Journalismus, der «vor allem ein gesellschaftlicher ist». Parallel beim DLF in «Zeitzeugen im Gespräch» der frühere CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Nochmals zu hören am Mittwoch um 19.15 Uhr.

19.00 SWR: «**KI-Mom.**» Science-Fiction-Serie von Seroton. Schluss der ersten Staffel.

20.00 DLF: «**Studio LCB.**» Aus dem Literarischen Colloquium Berlin eine Lesung und das Gespräch mit Maja Haderlap, der Bachmann-Preisträgerin von 2011. Sie startete mit Gedichten und habe «mit ihrem Werk die Verfolgung der slowenischen Minderheit während der Nazizeit und deren Nachwirkungen auf die innenpolitische Agenda Österreichs gehoben». Im ihrem zweiten Roman – «Nachtfrauen» – geht sie familiären Verstrickungen nach. Grossmütter, Mutter und Tochter scheinen in einem Netz aus Pflichten, Idealen und unausgesprochenen Schuldzuweisungen gefangen zu sein. Und im Gespräch mit dem österreichischen Schriftsteller Doron Rabinovici und der slowenischen Übersetzerin Amalija Maček wird es um das Fortwirken von Verletzungen gehen und die Frage, was es heisst, einer Minderheit anzugehören.

22.00 DLF: «**Vom Doppelwesen des Menschen.**» Ausschnitte aus Werken von Georg Katzer und Octavio Nemescu im Atelier neuer Musik.

23.00 DLF: «**Rebell zwischen allen Stühlen.**» Eva Pfister und Heike Tauch gestalten eine Lange Nacht über George Orwell. Bekannt ist vor allem sein «1984», aber er hinterliess ein vielfältiges literarisches Werk, das in einer Vita voller Widersprüche wurzelt. Eric Arthur Blair (1903-1950), wie er eigentlich hiess, hatte eine Eliteschule absolviert und trat dann in den Kolonialdienst ein. Nach fünf Jahren in Burma kehrte er als Gegner des britischen Imperialismus zurück, wurde Schriftsteller,

erkundete die Armut der Obdachlosen in Paris und London sowie die Lage der Bergarbeiter im Norden Englands, kämpfte im Spanischen Bürgerkrieg an der Seite der Anarchisten. In den 1940er-Jahren arbeitete er als Journalist bei der BBC und war als Reporter auch im kriegszerstörten Europa. Aus all diesen Erfahrungen entstand «am Ende seines kurzen lungenkranken Lebens der berühmteste aller dystopischen Romane.»



Sonntag, 27. August

8.30 SRF 2: «**Theologie als ob.**» Igor Basic über ein Buch des deutschen Philosophen und Essayisten Sebastian Kleinschmidt zur Bibel als grosses dichterisches Epos. In der DDR aufgewachsen und «zeitenweise Marxist», schöpfe er Hoffnung aus biblischen Texten. «Die Bibel zu lesen, macht jedenfalls nicht dümmer!» Parallel bei SWR 2 ein Science Talk mit dem Physiker Helge Sören Stein: «So sieht die Batterie der Zukunft aus.»

9.30 DLF: «**Midlife-Crisis.**» Susanne Schmidt zur Geschichte eines missverstandenen Konzepts.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Nicole Niquille, erste Bergführerin der Schweiz.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Midori Seiler, Geigerin.

14.00 SWR: «**Bandarchäologie.**» Die vielen Leben der Kompaktkassette. Feature von Toben Piel.

15.00 SRF 2: «**Äs guäts Word.**» Der Mundartdichter Julian Dillier. Reprise eines Passage-Porträts von Michael Luisier.

16.30 DLF: «**Spionage von oben.**» Wie die Ballonfahrt neu erfunden wird. Karl Urban in Forschung aktuell.

18.20 SWR: «**V 13 – Chronique judiciaire.**» Hörspiel von Emmanuel Carrère. Aus dem Französischen von Claudia Hamm. Musik: zeitblom. Das Kürzel im Titel meint «vendredi 13 novembre 2015» und war Code für die islamistischen Terrorakte in Paris, bei denen unter anderem vor dem Stade de France, in Cafés und im Rock-Konzertthaus Bataclan 130 Menschen starben und fast 700 verletzt wurden, davon 97 schwer. Und es steht für das extra erbaute Sitzungszimmer im Justizpalast des Prozesses, der im Juni 2022 zu Ende ging, mit 14 Angeklagten, 1800 Zivilparteien, 350 Anwälten, einer 53 Meter hohen Akte. Carrère erzähle hier vom Prozess, «der mit einem Besäufnis von Verteidigung und Anklage endet, auf gnadenlos literarische Weise».

20.00 DLF: «**Schiefe Töne.**» Eine Sanges-Geschichte von Scham und Scheitern. Feature von Florian Felix Weyh.

Montag, 28. August

8.30 SWR: «**Wie ein Online-Riese die Preise diktiert.**» Jörg Hommer zur Marktmacht von Amazon. in den USA liegt der Anteil am Online-Markt bei über 70, in Deutschland bei 55 Prozent. Marktaufsichtsbehörden prüfen jetzt, inwieweit der Konzern seine Marktmacht zum Nachteil des Wettbewerbs missbraucht.

15.00 SWR: «**Das erste Altern.**» Martin Hecht zum Lebensgefühl Ende 50, Anfang 60.

15.30 und 23.00 SWR: «**Kleiner Mann, was nun?**» Roman von Hans Fallada. Gelesen von Jutta Hoffmann. 1930 hat die Weltwirtschaftskrise ganz Deutschland im Griff. Buchhalter Pinneberg verliert den Job. Er zieht mit seiner schwangeren Ehefrau nach Berlin. Aber auch hier kann sich die junge Familie nur mühsam über Wasser halten, an einen sozialen Aufstieg ist nicht zu denken... Fortsetzung morgen und dann weiter (werk)täglich.



19.00 SWR: «**Von der Reportage zur Fiktion.**» Tandem mit dem Journalisten und Schriftsteller Takis Würger.

22.30 SWR: «**Ich weiss, wie man nicht verzweifelt.**» Markus Brock im Gespräch mit Stefan Schwarz, Sohn eines Stasi-Generals und Schriftsteller. «Der Krebs hat mir das Linkssein ausgetrieben.»

Dienstag, 29. August

8.30 SWR: «**Braucht der Mensch einen Partner?**» Johanne Burkhardt über Singles.

15.00 SWR: «**Anja wehrt sich.**» Eva Guttensohn über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

19.00 SWR: «**Von der Baustelle in den künstlerischen Prozess.**» Die Bildhauerin Johanna Charlotte Trede.

19.15 DLF: «**You are not a loan!**» Oder: Kapitalismus als Schuldenökonomie. Feature von Barbara Eisenmann. Produziert schon 2014 mit Rückblenden auf 2008 ff. Grundsätzlich geändert hat sich seitdem aber nichts.

20.00 DLF: «**Tagebuch 1985-1989**» von Sándor Márai. Übersetzung: Hans Skireck. Radiofassung: Klaus Buhler. Der ungarische Dichter berichtet hier überwiegend von den letzten Monaten mit seiner Frau Lola. Und bei SRF 2 ist «Rollin'n'Clap» mit Erik Truffaz vom Cully Jazz Festival im Programm.

Mittwoch, 30. August

10.00 DLF: «**Agenda.**» Dringender Handlungsbedarf? Die schwierige Lage der Krankenhäuser.

15.00 SWR: «**Allein, aber nicht einsam.**» Margret Bielenberg über zufriedenes Leben ohne Partner.

19.00 SWR: «**Mit Kindern durch die Trennung.**» Die Erziehungswissenschaftlerin Ute Steffens unterstützt Eltern.

20.00 DLF: «**Staatsreligion: Islam.**» Horst Blümel zu den religiösen Machtverhältnissen in Pakistan. Parallel bei SRF 1: «Strolch.» Mitschnitte eines Solo-Kabarett-Abends mit Christoph Simon.

21.00 DLF: «**Zwischen Diva und Dussel.**» Die sächsische Sängerin und Entertainerin Katrin Weber.

Donnerstag, 31. August

8.30 SWR: «**Der Herr der Ringe.**» Fantasy-Erfolg eines Sprachgenies. Marc Bädorf zum 50. Todestag von Tolkien.

15.00 SWR: «**Justiz ist immer politisch.**» Claudia Heissenberg über den Opferanwalt Mehmet Daimagüler.

19.00 SWR: «**Bitte mehr Verständlichkeit.**» Christiane Maass und die Forschungsstelle Leichte Sprache.

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Danach die zweite Folge der Reprise von «Mein Freund, der Terrorist», sechsteilige Podcast-Serie von Dominik Schottner und Christoph Cadenbach. Und nach 21 Uhr in JazzFacts: «Kopfhörer.» Gast bei Florian Ross und Odilo Clausnitzer ist der Gitarrist Hanno Busch. «Muss Jazz immer anstrengend sein? Ist Keith Jarrett überschätzt?» SRF 2 Kultur füllt seinen «Weltklasse»-Sommerabend mit «Romantik-Hits» des Tonhalle-Orchesters Zürich.

Freitag, 1. September

10.00 DLF: «**Lebenszeit.**» Auf sich allein gestellt? Der schwierige Umgang mit einer lebensbedrohlichen Erkrankung.

15.00 SWR: «**Krypto!**» Der Traum vom magischen Internetgeld. Feature von Maximilian Netter und Klaus Uhrig. Die vorletzte Folge.

20.00 DLF: «**Fallbeil für Gänseblümchen.**» Der Spionageprozess gegen Elli Barczatis und Karl Laurenz. Dokumentation von Maximilian Schönherr. «Zwei Menschenschicksale im Getriebe des Kalten Krieges, ehemals überzeugte Genossen vor einem unbarmherzigen Gericht.» Ostberlin, 23. September 1955. Die Sekretärin des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und ihr Geliebter sind als Spione für den Westen angeklagt. Öffentlichkeit ausgeschlossen. Doch die Staatssicherheit schneidet die Verhandlung mit... Parallel bei SRF 1: «Frau mit gelbem Barett.» Krimi von Martin Mosebach. Nach dem Einbruch in der Villa einer Industriellenfamilie fehlt ein mehrere Millionen Euro teurer Picasso.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!

Aussensicht



Ursprung für die Faszination für die Planstadt Chandigarh war je eine Künstlerresidenz von Thomas Karrer und Karin Bucher vor Ort.

Die Paradedisziplin für Architekt:innen und Städteplaner:innen ist die Gesamtplanung einer urbanen Überbauung: Shah Abbas I. liess Isfahan nach den Paradiesbeschreibungen des Koran anlegen, Georges-Eugène Haussmann gestaltete im vorletzten Jahrhunderts die Stadt Paris um, und Karl Moser plante in den 1930er-Jahren eine komplette Neubebauung der Zürcher Altstadt. Ein grosser Aufbruch brachte die Nachkriegszeit, gestalterisch im Geiste der bereits mit dem Bauhaus begonnenen sogenannten Moderne. Beinahe parallel zueinander erhielt Oscar Niemeyer den Auftrag, eine neue Hauptstadt für Brasilien zu entwerfen, und Charles Jeanneret alias Le Corbusier jenen, den indischen Provinzen Punjab und Haryana einen neuen Regierungssitz mit Beamtenwohnhäusern zu bauen. In diesem Chandigarh, das damals in viel zu ausufernd grossen Dimensionen für die Jetztzeit geplant worden zu sein schien und das heute aus allen Nähten platzt, machen sich Thomas Karrer und Karin Bucher auf Spurensuche nach der Utopie Le Corbusiers und deren Halbwertszeit. Leider ist ihr Blick weder ausgesprochen architekturfachspezifisch noch sozio-geographisch, sondern allein getrieben von einer intrinsischen Neugier.

Die Idee Le Corbusiers ging von der damals überall im Design dominierenden Haltung der guten Form aus, die zweckmässig und formschön vereinen wollte. Bezüglich einer urbanen Umgebung gehören die menschlichen Bedürfnisse wiewohl die repräsentativen Ansprüche einer Regierung zugleich berücksichtigt. Chandigarh wurde als Spazier- und Gartenstadt geplant, in der alle Erledigungen mit einer bewältigbaren Fussdistanz machbar sein müssen. Die Wohnbauten wurden gemäss den Hierarchien der Behörden in Viertel mit simplen Häusern bis hin zu regelrechten Stadtvillen realisiert. Die Plätze für die Allgemeinheit, die den Mammutanteil der Fläche für sich in Anspruch nehmen, waren als Freiräume geplant. Allerdings ist das Herz der Stadt seit einem Attentat 1984 für die Allgemeinheit gesperrt. Die heutige Sicht auf die damalige Idealvorstellung für eine lebenswerte urbane Umgebung weist heute zwei primäre Mängel auf: Die strikten Vorgaben für die Bewahrung des Urzustandes der Bauten und die bereits damalige isolierte Betrachtung von ein paar Quadratkilometern, ohne Berücksichtigung des weiteren Umlandes. So ist die Stadt heute ein von Slums bedrängtes Unikum, das sich verändernden Bedürfnissen nicht anzupassen vermag, und baulich eine Architekturikone, die nicht nur hinsichtlich der Materialermüdung zu zerfallen droht. *froh.*

«Kraft der Utopie – Leben mit Le Corbusier in Chandigarh» spielt im Kino Movie.

Operationen

Golda Meir (Hellen Mirren) kämpft in «Golda» gegen den Krebs im Inneren und die arabischen Angreifer während des Jom-Kippur-Krieges im Äusseren.

In Luftaufnahmen von Panzerbataillonen unter Beschuss und der mikroskopischen Beobachtung von Zellwucherungen findet der Regisseur Guy Nattiv zwei bildliche und vor allem auch symbolische Parallelen, entlang derer er die drei Wochen der militärischen und diplomatischen Balanceakte rekonstruiert. Teils übersteuert er diese optischen Effekte mit einer inhaltlichen Überdramatisierung, aber das sind Einzelmomente. Die Klammererzählung zeigt die Premierministerin vor einem juristischen Untersuchungsausschuss, vor dem sie ihre Befehle, insbesondere die vielen Toten in der Folge des Krieges, rechtfertigen muss. Dieser deutliche Hinweis auf eine funktionierende Gewaltenteilung im noch sehr jungen Staat, der von seinen arabischen Nachbarn noch immer als «zionistisches Gebilde» gehandelt wird, also nicht als Staat anerkannt ist, verweist recht deutlich in Richtung der aktuellen Lage, wo dieses Fundament zerstört zu werden droht. Zur Hauptsache ist «Golda» aus der Feder von Nicholas Martin («Florence Foster Jenkins») ein Kammerspiel im Machtpoker. Nach dem Sieg während des Sechstagekrieges reklamierte Israel den

Sinai im Süden und den Golan im Norden als eigenes Territorium. Die politische Grosswetterlage war 1973 dominiert vom Kalten Krieg zwischen Nixon und Chruschtschow sowie der von Saudi-Arabien befeuerten Ölkrise. Mitten ins Stimmengewirr der diversen Ansichten, Pläne und interessengetriebenen Beratungen von Männern aus den Geheimdiensten, dem Verteidigungsministerium, der Armeeführung und Offiziershardlinern ruft Golda Meir einmal beinahe verzweifelt, «ich bin immer noch Politikerin», was in diesem Moment soviel meint wie, dass sie das grosse Ganze und nicht die einzelne Schlacht zu überblicken verpflichtet ist. Das Land befindet sich im Klammergriff zweier übermächtiger Armeen und dies offenbar ohne verlässliche vorherige Warnung durch die Innen- oder Aussengeheimdienste. Die Premierministerin hatte zwar ein Bauchgefühl, stiess dies jedoch beiseite, denn so eine Generalmobilmachung, gerade am höchsten Feiertag überhaupt, befiehlt niemand leichtfertig. Und Golda Meir ist davon überzeugt, dass diesem Konflikt allein militärisch nicht beizukommen ist. Diplomatisch erpresst sie den US-amerikanischen Aussenminister Henry Kissinger (Liev Schreiber), sein ganzes Gewicht bei Assad (Senior) und Sadat in die Waagschale zu werfen, was dieser lange aus Furcht vor einer Einmischung der Sowjetunion verweigert. «Golda» vermengt Emotionalisierung mit kühler Machttaktik. *froh.*

«Golda» spielt im Kino Houdini.



Toleranz, ranz, ranz

Das Sommerloch hat uns ein Loblied der Toleranz beschert. Wie schön! Selten genug kommt es vor, dass in jener Heimat geistiger Enge und ordnungspolitischer Kleinkrämerei namens bürgerlich-rechts-populistischer Boulevard-Journalismus Toleranz gepredigt wird. Bettina Weber von der ›SonntagsZeitung‹ fand aber in einer europaweiten Studie der Uni Dresden zum Thema Polarisierung und gesellschaftliche Spaltungstendenzen Beweise dafür, dass hierzulande die politische Rechte besonders löblich tolerant sei. Lassen wir gut sein, dass die Studie sich gar nicht auf die Schweiz erstreckte und auch Webers Interpretation bald darauf als Fantasterei abseits jeglicher Fakten entlarvt wurde (s. ›Blick‹ / WoZ). Hier ist doch mal eine prächtige Zeitungsente, auf deren Rücken ich noch einen Rundflug drehen will, bevor wir sie endgültig in die Pfanne hauen.

Wie erstrebenswert ist eigentlich Toleranz? Als Mathematiklehrerin oder als Kassier würde ich sagen: überhaupt nicht. Die meisten Rechnungen, die die Durchschnittsschülerin so kennt, ergeben genau ein tolerierbares Resultat: nämlich das richtige. Gleiches gilt für den Kassenstand bei Feierabend. Zwei mal zwei gibt nunmal vier, und knapp daneben ist trotzdem falsch.

Wozu also Toleranz? Sie ist eine Haltung, die ursprünglich die Duldung religiöser Minderheiten ausdrückte; später wurde damit Duldung – bis hin zur Akzeptanz oder gar Gleichberechtigung – jeglicher andersdenkender Minderheiten oder nicht mehrheitsfähiger Ansichten – umschrieben. Somit «schützt die Toleranz ein bestehendes System, da fremde Auffassungen zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht zwangsläufig übernommen werden, [sie] schützt aber auch die Träger einer Minderheitsmeinung vor Repression und gilt insofern als eine Grundbedingung für Humanität» (Wikipedia). Da wirkt es nicht gerade stringent, eine ethisch, religiös oder politisch inspirierte Toleranz ausgerechnet in der rechtskonservativen Ecke beheimaten zu wollen – denn diese «traditionsbewussten» und besitzstandwahrenden Kreise positionieren sich ausdrücklich gegen Abweichungen von ihrem Weltbild und schotten sich gegen alles Andersartige und Fremde ab.

Muss man nun allen Denkrichtungen ausnahmslos Toleranz entgegenbringen, auch wenn diese selber Intoleranz predigen? Soll man Rechtspopulismus tolerieren, wenn man weiss, dass er vor Kurzem bis zum Holocaust geführt hat? Schon Marcuse kritisierte «mit dem Begriff der repressiven Toleranz, dass in einer Gesellschaft mit

unklarem Wertepluralismus, in der Toleranz als Norm gilt, rationale und berechtigte Kritik wirkungslos bleiben kann». Es kommt also vielmehr darauf an, welche Werte es aus ethischer Sicht verdienen, die Leitkultur zu definieren, und was daneben auch noch toleriert werden soll – nicht zuletzt, weil es vielleicht sogar eine höhere Ethik vertritt.

Der Rechtspopulismus, wie er so auf den geistigen Schwingen der ›SonntagsZeitung‹ dahertrudelt – will aber Figgi und Müli: Er hat einen absoluten, quasi mathematischen Wahrheitsanspruch, der sich als gesellschaftliche Norm aufspielt und – in Tat und Wahrheit – sehr wenig Andersdenken toleriert. Gleichzeitig begibt er sich in die Minderheitenrolle und fordert rundum Toleranz ein. Aus dieser übersimplen Rechnung herausgefallen ist: die Ethik.

Nun aber fertig Trübsinn: Einmal canard à l'orange bitte!



Ina Müller

Reklame

Ruäch

Eine Reise ins jenische Europa

Ein Film von
ANDREAS MÜLLER
SIMON GUY FÄSSLER
MARCEL BÄCHTIGER

JETZT IM KINO **FRENETIC**